

Ein Wochenende Zeit für **einen ungeklärten Fall,**
eine lange Recherche, einen schweren Verdacht und
sieben Sachen, die nichts damit zu tun haben


FR7

12. 10. 2019

Gott zu
lieben
fängt
damit an,
die Sylvia
liebzuhaben.

Botschaft von Gott an Sektenführerin Sylvia D.

Im Dunkeln

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor etwas mehr als fünf Jahren, am 5. September 2014, erscheint in der Frankfurter Rundschau der Artikel „In Gottes Namen“. Darin berichtet FR-Reporter Gregor Haschnik erstmals von einer Sekte in Hanau, angeführt von Sylvia D.

Seine Recherchen bringen ihn auf die Spur eines rätselhaften Todesfalls, der nun vor Gericht verhandelt wird. Dort werden auch jene gehört, die der Sekte den Rücken gekehrt haben, die den Mut zum Ausstieg aufbrachten und die Courage, sich anderen anzuvertrauen und an die Öffentlichkeit zu gehen. Ihnen gebührt Respekt. Ohne sie würde es diesen Prozess nicht geben.

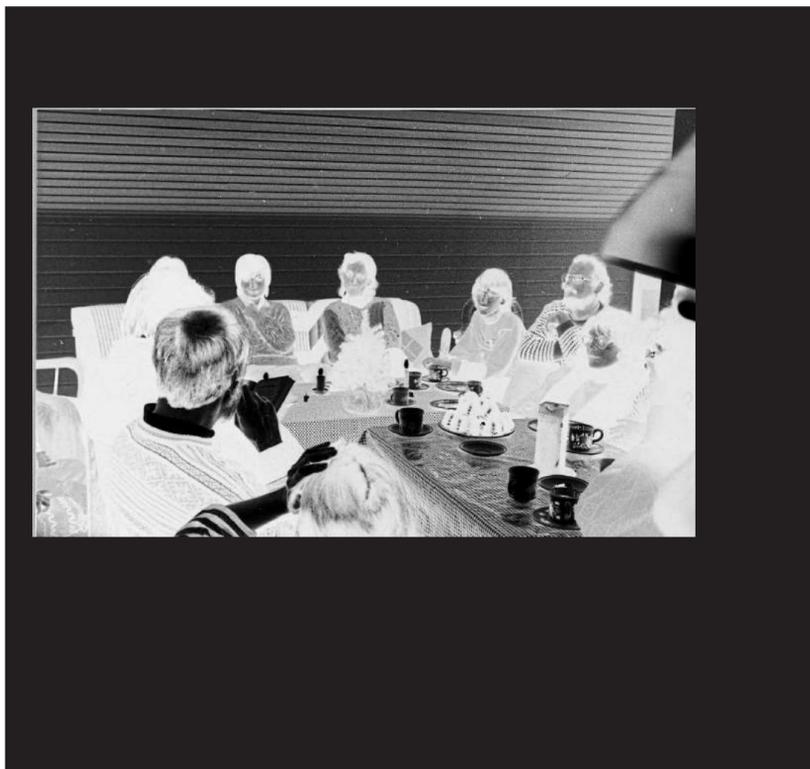
Deshalb machen wir Platz für eine ganz besondere Geschichte:

In dieser FR7-Ausgabe erzählt Gregor Haschnik von einem Fall, der ihn seit Jahren nicht loslässt. Und davon, wie er Licht ins Dunkle brachte.

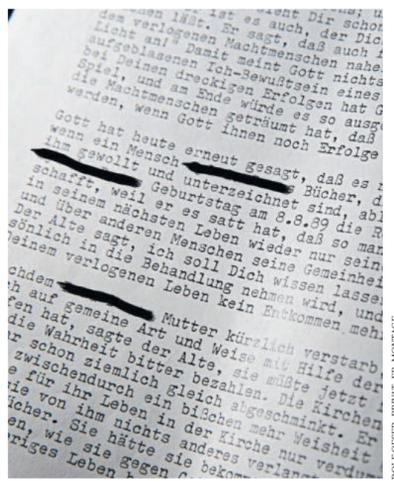
Machen Sie sich mit uns auf den Weg!

IHRE FR7

FR7@fr.de



„Sylvia ist eine große Seherin. Sylvia hat von klein auf geübt liebzuhaben“



UNSER COVER

Die Zitate auf dem Titel und den folgenden Seiten stammen aus den zehn „Traumaussagen“, die Sektenführerin Sylvia D. von ihrem „geliebten Alterchen“, ihrem „großen Gott und Schöpfer“, erhalten haben.

Der Fall

Jan H. war vier Jahre alt, als er vor mehr als 30 Jahren starb. Jahrzehntlang blieben die genauen Umstände seines Todes ungeklärt. Er lebte mit seinen Eltern in Hanau, in einer sektenähnlichen Gruppe von Menschen, die der Anführerin Sylvia D. huldigten. Diese glaubte, Jan sei von dunklen Mächten besessen. Er starb, unterernährt und abgemagert, offenbar in einen Leinensack verschnürt. Eine Obduktion gab es nicht, es hieß, er sei an seinem Erbrochenen erstickt. Doch an dieser Version gibt es erhebliche Zweifel – und D. rückte in den Fokus der Ermittlungen.

Aufgrund von Hinweisen von Aussteigern und akribischer FR-Recherche wurde der Fall 2015 neu aufgerollt. Nun wird Jan H.s Tod vor Gericht verhandelt; am 22. Oktober beginnt vor dem Landgericht Hanau das Hauptverfahren gegen die 72-jährige Sylvia D. Neben Jan H. lebten in der Sekte ihre leiblichen Kinder sowie Adoptiv- und Pflegekinder. D. soll Jan H. am 17. August 1988 grausam und aus niedrigen Beweggründen getötet haben. Laut Staatsanwaltschaft habe sie ihn seinem Schicksal überlassen, obwohl sie seine panischen Schreie gehört habe. Das Gericht sieht nach einer langen Prüfung ebenfalls einen hinreichenden Tatverdacht und hat die Anklage von Oberstaatsanwalt Dominik Mies zugelassen. Die Verteidigung weist den Mordvorwurf entschieden zurück.

Die ersten Hinweise

Die Umstände sind kaum zu fassen: Seit Jahrzehnten hat eine Gruppe von Menschen offenbar ihr Leben nahezu komplett nach den Vorgaben einer Frau ausgerichtet: Sylvia D., die angeblich mit Gott kommunizieren kann und Botschaften von ihm erhält. Diese müssen ihre Anhänger strikt befolgen. Ein Professor, ein ehemaliger Richter und weitere Akademiker sind unter den etwa 20 Mitgliedern, auch der inzwischen verstorbene Ehemann der Anführerin, Walter D., der evangelisch-methodistischer Pastor war und ebenfalls vorgab, göttliche Anweisungen zu bekommen. Wegen radikaler Ansichten sollte er aus dem Kirchendienst entlassen werden, kam dem aber zuvor und schied auf eigenen Wunsch aus. Die D.s und ihre Anhän-

Wie starb Jan H.?

Es klingt wie ein Fall aus „Aktenzeichen XY ... ungelöst“:

Ein vierjähriger Junge, der mit seinen Eltern in einer Sekte lebt.

Eine Anführerin, die „Botschaften von Gott“ erhält.

Ein Tag im Sommer 1988, an dem das Kind stirbt, verschnürt in einen

Leinensack. Ein FR-Reporter, der sich auf die Suche nach der Wahrheit

macht. Und ein Prozess, der erst Jahrzehnte später beginnt

Die Geschichte einer Recherche. Von Gregor Haschnik

„Sylvia ist die Brücke über den Abgrund. Sylvia ist nicht überheblich“

ger sind angesehen, weit über die Stadt Hanau, in der sie leben, hinaus. Gemeinsam betreiben sie eine preisgekrönte Medienproduktionsfirma, die regelmäßig lukrative Aufträge von der öffentlichen Hand und von Großunternehmen bekommt und erfolgreich umsetzt. Eine perfekte Fassade.

Doch Aussteiger aus der Gruppe gewähren Einblicke ins Innere: Sie schildern, dass ihr Leben von Druck, gegenseitiger Kontrolle, von Abhängigkeit und Ausbeutung geprägt gewesen ist und sie Gewalt erlitten haben, physisch und psychisch. In allen Belangen des täglichen Lebens, auch bei Beruf und Finanzen, habe Sylvia D. die Richtung vorgegeben.

Im Jahr 2014 wendet sich ein ehemaliges Sektenmitglied an die Frankfurter Rundschau und gibt die ersten Hinweise, die die enorme, auch juristische Brisanz des Falls bereits erahnen lassen. In den nächsten Monaten und Jahren folgen unzählige Gespräche und Schriftwechsel mit Aussteigern, Mitgliedern, Mitarbeitern der Stadt Hanau, Behörden, Geistlichen, Rechtsmedizinern und Juristen, Bücher und Briefe werden ausgewertet, dazu interne E-Mails, amtliche Unterlagen, Aufnahmen. Allein die Schreiben und Publikationen füllen mehrere Tausend Seiten. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln mehr als zweieinhalb Jahre lang.

Und allmählich kommen Dinge, die Jahrzehntlang im Dunkeln lagen, ans Licht.

Das System

Vor rund 40 Jahren beginnt Sylvia D. zusammen mit ihrem Ehemann Walter D., Menschen um sich zu scharen. Die Krankenschwester und der Pfarrer „wirkten charismatisch, konnten Leute für sich einnehmen“, erinnert sich ein Mann, der in den Anfangsjahren dabei war. „Sie bedienen die Sehnsucht nach Sinn, nach Spiritualität – und alternativen Wegen dorthin.“ Er habe zu Beginn die Gemeinschaft geschätzt. Andere seien mit den D.s befreundet gewesen oder in einer persönlichen Umbruchphase dazugekommen und froh über das Gefühl von Sicherheit gewesen, das sie zunächst spürten. Aber auch darüber, dass ihnen jemand den

Weg wies, sagte, wo es langgeht. Sylvia D. entwickelt im Laufe der Jahre eine krude Lehre, die man als eine Mischung aus Theorien von Carl Gustav Jung, Christentum, Okkultismus, Personenkult und Diktatur bezeichnen könnte. Sie fußt auf der Behauptung, dass zwei gegensätzliche Kräfte auf den Menschen einwirken: Auf der einen Seite der mit D. verbundene große Gott – von ihr „der Alte“ und „Alterchen“ genannt –, auf der anderen Seite „die Dunklen“: Wer auf D. und die Botschaften ihrer Traumdeutung höre, brauche sich nicht zu fürchten, werde Sinn und Erfüllung finden. Wer „den Dunklen“ Raum gibt, sei verloren und von schweren Krankheiten wie Krebs bedroht. In einer angeblich göttlichen Botschaft an D. ist zu lesen: „Dein geliebtes Alterchen sagt, alle, die dein Leben endgültig verraten haben und die Botschaft deines großen Gottes und dein Leben für immer beschmutzt und verunglimpft haben, haben eine schwere und unfassbare Schuld auf sich geladen.“

Eine Aussteigerin erzählt, wie die anfänglich gute Stimmung „nach und nach in Druck, Abhängigkeit und Kontrolle umschlug, die Schlinge zugezogen wurde“. Eine Methode: „Ich habe meine Träume aufschreiben müssen. Weil sie dadurch meine innersten Vorgänge kannte, wusste D. mich und andere zu manipulieren. Immer wieder bohrte sie in alten Wunden und riss an den Gefühlen.“ Gleichzeitig soll eine Gruppendynamik entstanden sein, in der sich jeder die Gunst der D.s sichern will – und dafür andere kontrolliert, mitunter bespitzelt.

In stundenlangen Einzel- und Gruppengesprächen werden die Anhänger demnach auf Linie gebracht, in Büchern, Briefen und Nachrichten, die der FR vorliegen, werden die göttliche Stellung von Sylvia D. und ihre wundersamen Fähigkeiten betont. „Hinter Sylvia steht der Große Gott und Schöpfer“, heißt es an einer Stelle. „Wer auf die Alterchen-Worte von Sylvia depressiv oder aggressiv reagiert, gibt den Dunklen Macht und Raum.“ Zwei weitere Gebote lauten: „S. sagt des großen Gottes objektiv gültige Wahrheit weiter.“ Und: „Wer S. nicht liebt, der liebt sich selbst nicht.“ Gott habe ihr

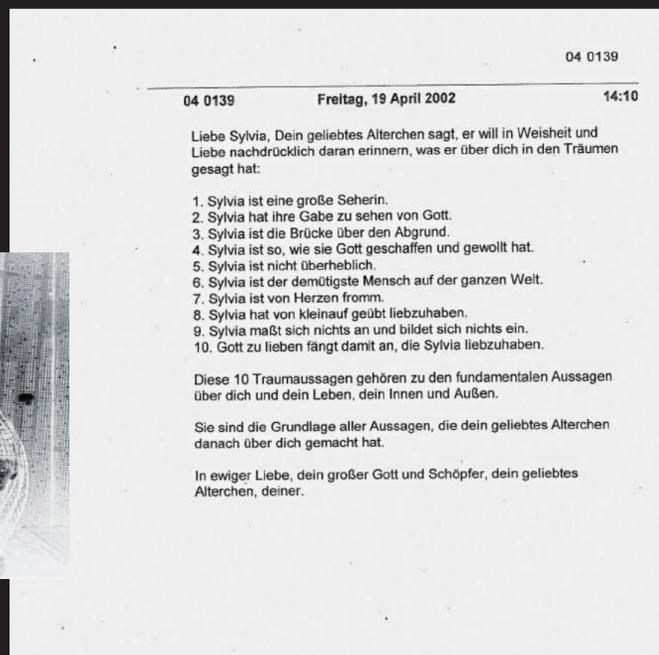
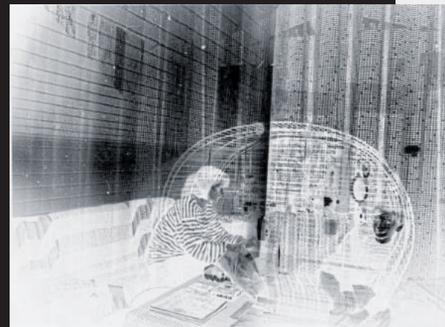
„den Schlüssel zu seiner Apotheke anvertraut“. In mehreren, in den 80er Jahren im Selbstverlag veröffentlichten Büchern werden D.s Theorien vermittelt. Über eines heißt es auf einem Bestellzettel, es werde eines Tages in den Schulen „zur Pflichtlektüre gehören“. Denn Gott „steht so hinter Sylvia D., daß die Bibel vollgültig ersetzt ist“.

Oft sind es verschachtelte, verwirrende Sätze. Viele davon wirken bedrohlich und erscheinen geprägt von einem negativen Menschenbild – auch in Bezug auf Kinder, die in die Gruppe hineingeboren wurden und sie inzwischen verlassen haben. So schreibt D. etwa: „In allen Träumen wurde die kalte, überhebliche Verlogenheit unserer Kinder attackiert (...) Immer ging es um die Diagnose von Gott her und um den Weg zur Heilung (...), daß sie von ihren sozialen Tendenzen frei würden in dem Maß, wie sie innen und außen die Beziehung zu mir aufnehmen.“ Die „kalten, verlogenen Machtkomplexe“ bei Kindern würden schon früh beginnen.

Vor Jahren sei sie nachts aufgewacht „und bat Gott um Vergebung, weil ich so zornig gegen die Gemeinheit der Kinder vorgegangen war. Plötzlich konnte ich kein Wort mehr sagen und sah ein Bild vor mir, daß unsere sieben Kinder sich wie zu einem Vampir vereinigten.“ Da habe sie begriffen und „bat Gott um Verzeihung, daß ich auch ein gutes Muttmchen sein wollte“.

Die Theorien hatten reale, mitunter furchtbare Auswirkungen, besonders für die Pflege- und Adoptivkinder der D.s, sagt eine Betroffene. Ihr sei eingetrichtert worden, sie sei von „den Dunklen“ besessen. Deshalb sei sie erniedrigt, misshandelt und oft eingesperrt worden, habe nur Tee, trockenes Brot und Ungenießbares zu essen bekommen. Manchmal habe sie das Brot auf die Heizung gelegt, um etwas Warmes zu haben. Ihre Adoptivmutter habe sie oft aus dem Schlaf gerissen, an den Haaren gezogen und geschlagen.

In den 1980er Jahren ziehen die D.s aus dem Raum Darmstadt nach Hanau. Dort leben sie und die meisten Mitglieder der Gruppe in mehreren benachbarten Bungalows in einer unauffälligen Gegend. In dem Haus, in dem Sylvia D. bis heute



wohnt, sind die Jalousien häufig heruntergelassen, ein Teil der Fenster ist vergittert. Die Frau, die auf Tonaufnahmen schnell, durchdringend und im Befehlstone spricht, wohnte zumindest früher hauptsächlich im Keller.

Ein großer Teil der Anhänger hat einen akademischen Abschluss, auch ein IT-Experte und eine Frau, die einst Führungskraft bei einem Konzern war, gehören der Gruppe an. Aussteiger sagen, dies sei Teil einer Strategie: Die Titel und Professionen sollen Ansehen bringen und Seriosität suggerieren, die juristischen Kenntnisse aber auch dabei helfen, gegen Kritiker vorgehen zu können. Ein Mitglied hat seiner wissenschaftlichen Abschlussarbeit eine Widmung vorangestellt: „Für Sylvia D. – der ich die wertvollsten Hinweise und hilfreichsten Ratschläge verdanke – ohne die ich nie auf die Spur des einzig wahren Schatzes gekommen wäre“.

Aber warum haben sich diese hochgebildeten Menschen nicht längst von der Gruppe gelöst? Weshalb lassen sie über ihr Leben bestimmen? Es gibt etwa schriftliche Anweisungen, Sylvia D.s Botschaften mehrmals täglich zu lesen und äußerst sparsam zu sein. In einer E-Mail, die zu den von der FR ausgewerteten Dokumenten gehört, steht beispielsweise: „Sylvia bittet noch mal – auch angesichts der hohen Heizölpreise – darum, dass wir wie mit allem auch sorgsam mit Heizung und Warmwasser umgehen. Wir können ja auch Duschen und Haarewaschen so einrichten, dass wir das mit dem Schwimmen verbinden. Übrigens: Wir sollten nicht länger als eine halbe Stunde schwimmen.“ Die Sparsamkeit soll laut Aussteigern so weit gegangen sein, dass sie verdorbene Lebensmittel essen mussten.

Die Abhängigkeit sei immer größer geworden, sagt ein ehemaliger Anhänger: „Wenn man voraussetzt, dass alle Botschaften stimmen, macht man es sich passend.“ Dahinter steckt auch die von D. propagierte Überzeugung, Zweifel würden von „den Dunklen“ gesät. Noch schwieriger sei es, sich zu lösen, „wenn die wichtigsten Bezugspersonen davon überzeugt sind“. Enge Beziehungen oder Partner-

schaften mit Menschen außerhalb der Gruppe existierten nicht, andere private Kontakte gab es kaum. Es ist im Kern ein sich elitär fühlender, abgeschotteter Zirkel. „Nebenautoritäten“ wie Staat, Polizei oder Kirche“ seien in der von D. propagierten Lehre „nur lächerliche Marionetten der ‚Dunklen‘“, erklärt ein ehemaliger Insider.

Eine zentrale Rolle soll die Medienproduktionsfirma spielen, die einst Filme für die Brüder-Grimm-Festsche in Hanau drehte. Laut früheren Mitarbeitern waren hier 16-Stunden-Arbeitstage und Niedriglöhne üblich. Das Unternehmen sollte demnach dazu dienen, Einnahmen zu generieren und, zum gegebenen Zeitpunkt, die Botschaften Sylvia D.s zu verbreiten. Auf eine Verflechtung mit der Glaubensgruppe deutet etwa der Inhalt eines Dokuments hin, in dem eine neue Produktionshalle der Firma als Symbol dafür bezeichnet wird, dass durch Sylvia D. „Leben innen und außen gerettet worden ist“. Ein anderes Schreiben beginnt mit den Worten: „Liebe Sylvia, dein großer Gott hat das Jahr 2011 zu seinem Ziel geführt. Er hat mit seinem Studiozentrum den Ausgangspunkt für die neue, ergänzende und erweiternde Arbeit für seine Firma geschaffen.“

Die D.s haben von ihren Anhängern offensichtlich finanziell stark profitiert. „Mein Gehalt ging nahezu komplett an die D.s. Ich erinnere mich, dass ich mir fast nichts mehr kaufte. Jeden Einkauf musste ich rechtfertigen“, erzählt eine ehemalige Anhängerin. Andere erklärten sich bereit Sylvia D. ihre Immobilien zu überschreiben, teilweise sicherten Gruppenmitglieder mit ihrem Privatvermögen Investitionen in der Firma ab. Das belegen Einträge im Grundbuch und im Bundesanzeiger.

Jans H.s Tod

Kinder, die nicht exakt so „funktionierten“, wie Sylvia D. es sich vorstellte, wurden bestraft: Ihre beiden leiblichen Kinder sowie die drei Adoptivkinder und die Kinder von Anhängern, die D. betreute, seien regelmäßig misshandelt worden, berichtet Aussteiger. „Ich wurde nachts schockartig aus dem Schlaf geholt, um von D.

schreiend vorgetragene Traumhalte anzuhören oder Hiobsbotschaften mit Warnungen zu erfahren, die dazu dienten, tiefe Ängste zu schüren und stetig aufrechtzuerhalten“, sagt ein Betroffener. Dabei sei auch er an den Haaren gezogen und geschlagen worden. Er spricht von permanentem Psychoterror: „Oft musste ich mich für angebliches Fehlverhalten entschuldigen und beispielsweise etwa 100-mal sinngemäß schreiben: ‚Ich bin ein verlogenes Schwein, welches versucht die Wahrheit Sylvias und des großen Gottes in den Dreck zu ziehen.‘“ Andere erzählen, wie ihnen der Mund mit Seife ausgewaschen, sie an den Ohren gezogen wurden und in engen Säcken schlafen mussten, die am Hals fest verschnürt worden seien.

Ein Kind soll besonders im Fokus der Bestrafungen gewesen sein: Jan H., geboren 1984, dessen Eltern nach wie vor der Gruppe angehören. Während der Arbeitszeit oder anderer Beschäftigungen gaben sie ihn in Sylvia D.s Obhut. In D.s Augen sei auch Jan H. von „den Dunklen“ besessen gewesen, berichtet eine Aussteigerin: „Er brachte seine kurze Kindheit vorwiegend auf dem Kopf zu, auf dem er stundenlang alleine oder mit dem Gesicht zur Wand sitzen musste.“ Er habe kaum essen wollen und sei abgemagert gewesen.

„Während er schrie, stopfte D. ihm Essen in den Mund und nötigte ihn zu schlucken.“ Er sei auch als „Wiedergeburt Hitlers“ und „bösesartiges Schwein“ bezeichnet worden und angeblich von der „schwarzen Kerze“ besessen gewesen. D. habe ihm in ohrenbetäubender Lautstärke Vorträge gehalten, um ihn „zu bekehren“ – und ihn so massiv eingeschüchtert.

Der 17. August 1988, der Tag, an dem Jan H. starb, hat sich nach Schilderungen von Aussteigern so abgespielt: Es ist ein heißer Sommertag. Am Nachmittag ist das Haus der Familie D., in dem zu jener Zeit Jan H. mit seinen Eltern lebt, ungewöhnlich leer und still. Sie sind mit Walter D. zum Einkauf gefahren. Außer dem Jungen und Sylvia D., die auf ihn aufpassen soll, ist nur noch ein Jugendlicher im Haus. Er schaut kurz von der Treppe aus herunter und bleibt ansonsten, wie von D. angeordnet, im ersten Stock. Im Erdge-

schoss liegt der vierjährige Jan H. im Badezimmer in einem engen Schlafsack aus Leinen, der nicht am Hals, sondern sogar über dem Kopf verschnürt ist. Das Bad ist gekachelte, die Tür hat unten einen Spalt. Der Junge kann offenbar kaum atmen, bekommt Panik und beginnt zu schreien. Dies hört nach eigenen Angaben auch der Jugendliche im ersten Stock. Dann geht im Erdgeschoss eine Tür auf und kurz darauf ist es still.

Die Ermittler sind überzeugt, dass Sylvia D. das Kind ermordet hat. Wie die Staatsanwaltschaft bereits 2015 der FR auf Anfrage bestätigte, bestritt sie damals auch nicht, dass der Junge in einem Sack schlafen musste, der über dem Kopf zu sammengebunden war. Sie und andere Mitglieder sollen aber von einem sehr großen Sack gesprochen haben. Laut Anklage habe Sylvia D. Jan H. seinem Schicksal überlassen und ihn ersticken lassen. Die genauen Umstände sind weiterhin unklar. Im Ermittlungsbericht aus dem Jahr 1988 heißt es, H. sei an seinem Erbrochenen erstickt – ein Unfall. Seine Leiche wurde aber nicht obduziert.

Vor rund fünf Jahren, im September 2014, erscheint in der FR der erste Text über die Glaubensgruppe – Jan H.s Tod bleibt darin noch unerwähnt. Die im Raum stehenden Vorwürfe – fahrlässige Tötung bis hin zu Mord – wiegen schwer und sind zum damaligen Zeitpunkt nicht ausreichend belegt für eine Verdachtsberichterstattung.

Aber im Laufe der weiteren Recherche verdichten sich die Hinweise darauf, dass der Junge misshandelt und bereits vor dem 17. August 1988 in einem Sack verschnürt worden war, wie es eine Aussteigerin schilderte: Eines Tages beobachtete sie ein „komplett verschnürtes Bündel“ im Bad der D.s, das sich hob und senkte: Es war Jan H., eingeschnürt „wie eine Mumie“. Nach und nach kommen weitere Indizien hinzu, und der Verdacht, es könne sich um ein Verbrechen handeln, wächst. In der dünnen Akte des damaligen Todesermittlungsverfahrens, das den Namen nicht verdient, heißt es unter anderem, es gebe keine Hinweise auf ein Fremdverschulden. Jan H. sei im Schlaf an erbro-

chenem Haferschleim erstickt. Doch wie wahrscheinlich ist das? Drei erfahrene Rechtsmediziner, darunter Markus Rothschild, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität zu Köln, äußern im Gespräch mit der FR Zweifel. Im Kern sind sie sich einig: Normalerweise sterbe ein Vierjähriger nicht auf diese Weise. Er würde aufwachen und das Erbrochene durch einen Hustenreflex aus der Luftröhre herausschleudern. „Warum konnten die natürlichen Schutzreflexe des Jungen nicht greifen?“, fragte Rothschild und kritisierte scharf, dass keine Obduktion durchgeführt wurde. Weshalb sind die damaligen Ermittler diesen Widersprüchen nicht nachgegangen? Warum haben sie die Eltern nur gehört, nicht aber befragt? Warum wurde keine Hausdurchsuchung angeordnet?

Frühere Mitglieder berichten, Sylvia D. habe Jan H.s Tod angekündigt und später als Drohung gegenüber anderen Kindern benutzt. „Sie propagierte oft, dass Kinder vom großen Gott ‚geholt‘ werden könnten“, so ein Aussteiger. Kurz nach Jan H.s Tod habe sie gesagt, dieser sei boshaft und besessen gewesen, und es habe „keine Aussicht auf Besserung“ bestanden. Dass der Todesfall alles andere als große Trauer auslöste, belegen nach FR-Informationen Dokumente aus der Gruppe.

Ein ehemaliger Anhänger hat das Hanauer Jugendamt bereits Anfang der 1990er Jahre über den Tod informiert: Vor dem Eintreffen von Rettungsdienst und Polizei sei der Sack fortgeschafft und der Junge aus dem Bad geholt worden.

In einem auf den 24. August 1989 datierten Brief, der der FR vorliegt, gibt eine Anhängerin einen Eindruck davon, wie Kinder innerhalb der Sekte gesehen wurden. Die Frau bezieht sich wohl direkt auf Sylvia D.s Lehren: „Wenn ein Kind nur seinen verlogenen Materialisten lebt und in einer opportunistischen falschen Beziehung, dann geschieht ihm das, was Gott einer Mutter für ihre Kinder sagen ließ: Wenn sie weiterhin Gott nur ausnehmen wollen und den Dank an ihn vergessen, dann macht er den Sack zu!“ Das bedeute, „daß die Kinder innerlich leergegärt werden“. Diese innere Leere der Kinder

Anfang der 1980er Jahre entsteht in Darmstadt um Walter D., einen ehemaligen Pastor der evangelisch-methodistischen Kirche, und dessen Ehefrau Sylvia D. eine Glaubensgruppe. Sylvia D., die an der Spitze steht, erhält angeblich Anweisungen von Gott, die ihre etwa 20 bis 30 Anhänger umsetzen müssen.

Kurz darauf ziehen die Familie D. und einige andere Mitglieder nach Hanau. Die D.s haben leibliche Kinder sowie Adoptivkinder, darüber hinaus passt Sylvia D. oft auf den Nachwuchs ihrer Anhänger auf. Auch auf Jan H., der 1988 laut Ermittlungsakte im Schlaf an seinem Erbrochenen erstickt sein soll.

Im Herbst 2014 macht die Frankfurter Rundschau den Hanauer Sektenfall öffentlich. Aussteiger berichten in dem Artikel von Gehirnwäsche, Gewalt und Ausbeutung in einem Medienproduktionsunternehmen, für das ein großer Teil der Gruppierung arbeitet. Die Gemeinschaft und das Unternehmen hingegen sehen die Vorwürfe als Teil einer „skrupellosen Hetzkampagne“ voller Lügen. Sie seien keine Glaubensgruppe. Die Mitglieder missionierten nicht und kassierten keine Spenden. Auch der Vorwurf der Ausbeutung wird zurückgewiesen.

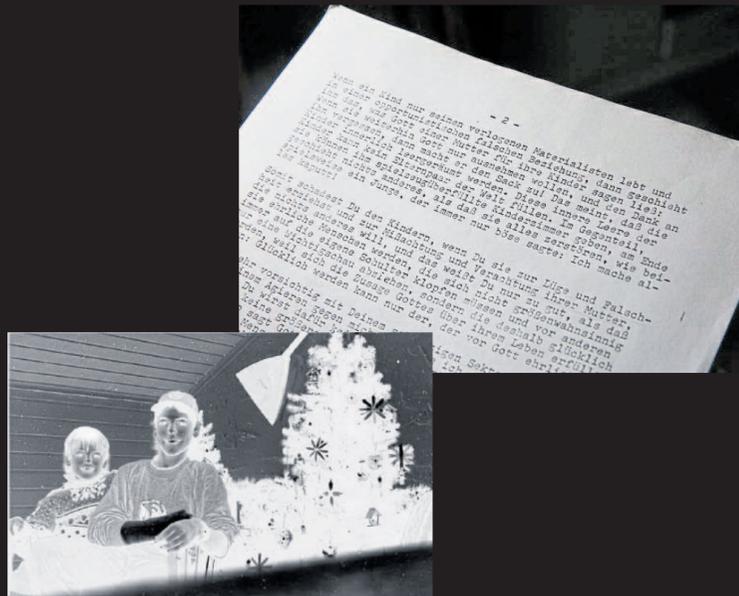
könne kein Elternpaar der Welt füllen. Am Ende geschehe nichts anderes, „als daß sie alles zerstören, wie beispielsweise ein Junge, der immer nur böse sagte: Ich mache alles kaputt!“ Ist Jan H. damit gemeint?

An einer anderen Stelle ist in dem Schreiben zu lesen, Gott habe mit dem Geburtstag Sylvia D.s 1989 „die Reinkarnation abgeschafft, weil er es satt hat, daß so mancher Hitlerkomplex in seinem nächsten Leben wieder nur seine Schlammlut gelebt und über anderen Menschen wieder nur seine Gemeinheit ausgebreitet hat“.

Einer der Verteidiger Sylvia D.s weist die Vorwürfe energisch zurück. Bereits im Frühjahr 2017 verweist er in einer E-Mail an die FR darauf, dass die Ermittlungen im Fall Jan H. 1988 eingestellt worden seien, weil „keinerlei Anzeichen von Fremdeinwirkung festzustellen waren“. Es gebe nach wie vor keine objektiven Anhaltspunkte für die Taten, die seiner Mandantin zur Last gelegt werden. Gäbe es sie, wäre damals Untersuchungshaft angeordnet worden, wie dies bei vorhandenen dringendem Tatverdacht regelmäßig der Fall sei.

Sylvia D. habe sich nichts zuschulden kommen lassen und könne dem Ausgang des Verfahrens beruhigt entgegensehen. Der Tod des Kindes habe damals sowohl bei der Mutter als auch bei D. „eine große Betroffenheit“ ausgelöst. Die Anschuldigungen seien „infam“ und wühlten beide Frauen auf. Auch den anderen Vorwürfen – etwa Gewalt gegen andere Kinder – widerspricht der Anwalt: Ermittlungen dazu seien eingestellt worden. Die „Behauptungen“ seien „unzutreffend“ und Teil einer Rufmordkampagne. Aktuelle FR-Anfragen hat die Verteidigung bislang nicht beantwortet.

Walter D. kann zu allem nichts mehr sagen. Er starb 2017 und wurde auf einem anonymen Grabfeld bestattet. Vor vier Jahren hatte D. erklärt, er habe damals nach der Rückkehr vom Einkauf „lange und ununterbrochen“ versucht, Jan H. wiederzubeleben. Den Vorwurf, er oder andere hätten das Geschehen manipuliert, damit es wie ein Unfall aussehe, wies er zurück.



Die Aussteiger

„Manchmal erwische ich mich bei dem Gedanken, dass alles doch wahr sein und ich mit Krebs bestraft werden könnte, weil ich die Sekte verlassen und Informationen weitergegeben habe.“ Diese Angst kommt manchmal hoch, erzählt ein Aussteiger.

Ein anderer, der schon vor längerer Zeit ausgestiegen ist, berichtet, wie er kurz danach unter Haarausfall litt und fürchtete, „dass die Prognose von Sylvia D. eingetreten ist“: Dass er als Abtrünniger mit einer Krankheit bestraft würde. Tatsächlich war es der enorme Stress, der die Haare ausfallen ließ. Noch heute wird der Betroffene unruhig, rutscht auf seinem Stuhl hin und her, wenn er sich an die Zeit in der Sekte erinnert. Es ist spürbar, wie massiv D. und ihr System auf die früheren Mitglieder einwirkten.

Sowohl ihr Leben als auch ihren Tagesablauf mussten sie nach ihren Anweisungen gestalten, sagt ein Aussteiger: „Sie ist auf absolute Kontrolle aus. Dabei separiert sie Leute gekonnt, um sie einzeln besser kontrollieren zu können.“

Der Alltag sei von Lernen, Arbeiten und den angeblichen Botschaften Gottes geprägt gewesen. „Jeder wurde mit so vielen Aufgaben versorgt, dass oft nur wenige Stunden Schlaf blieben.“ Niemand habe die Chance gehabt, etwas zu hinterfragen. Es galt demnach, Qualifikationen für die Firma und akademische Titel für das Ansehen zu erwerben, auch um zu zeigen, dass sich ausschließlich intelligente Menschen Sylvia D. angeschlossen haben. Eine Frau habe überdies beispielsweise Stenografie lernen müssen, um Sylvia D.s Worte mitschreiben zu können.

D. habe immer wieder Vorträge gehalten, vor allem an Wochenenden. „Da wurden die Briefe Gottes vorgelesen und häufig einer oder mehrere aus der Gruppe zur Rede gestellt, zum Beispiel, weil sie sich nicht genug eingebracht hätten.“ Die Mitglieder seien angehalten worden, „eigene dunkle Gedanken zu erzählen“ und außerdem alle systemkritischen Verhaltensweisen oder Äußerungen zu melden, was zu „Telefonterror, Bloßstellen oder Anschreien führte“.

Manchen gelang der Ausstieg, als sie eine Partnerschaft mit Menschen außerhalb der Gruppe eingingen. Solche unerwünschten Liebesbeziehungen hätten geheim gehalten werden müssen. „Wir standen unter einem hohen Druck, hatten ständig Angst aufzufliegen“, erzählt ein Betroffener. Dennoch sei die gemeinsame Zeit ohne Vorschriften befreiend gewesen – und habe ihnen die Augen geöffnet.

Andere verließen die Gruppe, als sie körperlich und seelisch am Ende waren. Eine Frau, die in Ungnade gefallen war, erinnert sich, am Ende in der Gruppe völlig isoliert gewesen zu sein: „Ich durfte nur noch arbeiten gehen. Ansonsten wurde ich im Haus gehalten, musste Dienste für Sylvia D. erledigen und hatte keinerlei Freiheiten mehr.“ Fast täglich hätten die D.s ihr die Zahl der Krebszellen in ihrem Körper genannt, „so dass ich den Lebensmut verlor“. An einem Geburtstag habe sie geglaubt, dass es der letzte sei und an Suizid gedacht. Dann nahm sie all ihren Mut zusammen und floh.

Ein anderer Aussteiger versuchte, sich das Leben zu nehmen. Er habe sich so sehr nach einer normalen Kindheit, nach Wärme und Wertschätzung gesehnt. Stattdessen habe er Gehirnwäsche und Gewalt erlebt, ein „Regime“, in dem alles Positive auf Sylvia D. oder „den Alten“ zurückgeführt wurde und alles Negative auf einen selbst. Er ist nicht der Einzige, der in psychologischer Behandlung war. Anderen entglitt zwischenzeitlich die Kontrolle, sie gerieten auf die schiefe Bahn.

Doch die meisten haben es geschafft, die Erlebnisse weitgehend hinter sich zu lassen und nach vorne zu schauen. Sie haben sich beruflich und privat neu orientiert, stehen mit beiden Beinen im Leben. „Ich genieße meine Freiheit“, sagt ein Informant.

Manche machen sich selbst den Vorwurf, sich der Gewalt nicht entgegenzustellen, die Gruppe nicht früher verlassen zu haben: „Ich frage mich heute, wieso ich damals unfähig war zu reagieren, aber ich weiß auch heute, dass ich nach der langen Zeit in der Sekte gehirngewaschen war und selbst unter großer innerer Not litt“, sagt ein früheres Mitglied. „Die Angst war

Mitte März 2015 nennt die FR den Namen der Firma, die auch öffentliche Aufträge bekam. Die Stadt Hanau erklärt daraufhin, die Zusammenarbeit ruhen zu lassen.

Ende März 2015 berichten die Hessenschau und die FR, dass dem Hanauer Jugendamt die Sektenuwörter bekannt waren, es aber nicht einschritt. Ein Mann hatte die Behörde 1991 über die Missstände dort sowie über Jans Tod informiert.

Im Herbst 2015 berichtet die FR, dass die Staatsanwaltschaft Hanau die Ermittlungen aufgrund neuer Hinweise wieder aufgenommen hat.

Im Juli 2017 wird Jan H.s Leichnam exhumiert. Die Untersuchung der Knochen soll Hinweise auf die Todesumstände geben.

Im September 2017 klagt Oberstaatsanwalt Dominik Mies Sylvia D. wegen Mordes an. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass D. Jan H. in einem über dem Kopf verschürzten Schlafsack ersticken ließ, obwohl sie seine Schreie gehört habe. D.s Anwalt weist den Vorwurf zurück.

Das Landgericht prüft die Anklage und lässt diese im Mai 2019 zu. Der Prozess beginnt am 22. Oktober.

zu groß, die Kontrolle umfassend.“ Und: Manche waren noch Kinder oder Jugendliche, die sich kaum wehren konnten.

Den beginnenden Prozess um den Tod von Jan H. betrachten Aussteiger mit zwiespältigen Gefühlen. Einerseits „belastet mich die Vorstellung, über all das vor Gericht zu sprechen“, sagt einer von ihnen. Andererseits „bin ich froh, dass die Justiz uns nach so vielen Jahren anhört“ und Licht ins Dunkel bringen wolle. Sie sind entschlossen, ihre Erfahrungen mitzuteilen. Als sie an die Öffentlichkeit gingen, sei es ihnen auch darum gegangen, vor der Gruppe zu warnen. Ein Grund: Die Firma wirke attraktiv auf junge Leute, um dort ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen.

Die Sekte hat Familien zerrissen. Und so werden im Landgericht Eltern, die Sylvia D. weiter folgen, auf Kinder treffen, die ausgestiegen sind. „Ich habe kaum noch Hoffnung, dass sie ihre Meinung ändern“, sagt ein Sohn. „Möglicherweise hat sie das Ermittlungsverfahren – das ja bestimmt auch von ‚den Dunklen‘ gesteuert wird – noch mehr zusammengeschweißt.“

Die Reaktionen

Früh zeigt sich, dass eine Reihe von direkt oder indirekt Beteiligten ein Problem mit der Veröffentlichung der Ereignisse hat, sie wohl am liebsten verhindern würde. Ein früherer Mitarbeiter der Stadt Hanau, der die D.s und die Hintergründe der Gruppe kennt, rät während eines Recherchegesprächs mit der FR sinngemäß: „Lassen Sie es besser bleiben. Die werden versuchen, Sie juristisch fertigmachen, und sind mit einflussreichen Leuten vernetzt. Es sind keine Kinder mehr in der Gruppe, fast alle Mitglieder sind alt, und sie missionieren nicht. Sie werden austerben.“ Ein gut gemeinter Rat? Oder ein vermeintlich subtiler Versuch, den Bericht zu verhindern, weil die Stadt aus den in den 90ern erhobenen Vorwürfen gegen die Sekte keine Konsequenzen zog?

Vor rund sechs Jahren wendet sich ein Aussteiger an eine Führungskraft der Stadt Hanau und gibt Informationen über die Gruppierung und die dazugehörige Firma. Hanaus Oberbürgermeister Claus

„Sylvia ist so, wie sie Gott geschaffen und gewollt hat. Sylvia hat ihre Gabe zu sehen von Gott“

Kaminsky (SPD), seit 2003 im Amt, erklärt jedoch erst nach entsprechenden Berichten in FR und Hessenschau, die Stadt werde die Zusammenarbeit mit der Produktionsfirma bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen lassen. Kritik daran weist er zurück, man habe sich aus rechtlichen Gründen nicht vorher von dem Unternehmen öffentlich distanzieren können.

Die Staatsanwaltschaft Hanau habe, heißt es auf der Webseite, „ausgelöst durch die gezielte, mit falschen Behauptungen geführte Kampagne, schwerwiegende Vorwürfe gegen eine ehemalige Mitarbeiterin erhoben“. Sie sei nicht am aktiven Geschäft des Unternehmens beteiligt. Was sie außen vor lassen: die der FR vorliegenden Dokumente und an Eides statt versicherten Aussagen, die auf einen engen Zusammenhang zwischen Firma und Gruppe hindeuten, zudem die Tatsache, dass D. laut Handelsregister bis Ende 2017 Prokura in dem Unternehmen hatte. Und: Dass die Anklage der Staatsanwaltschaft vom Gericht zugelassen wurde und nicht nur auf „Behauptungen“ basiert.

Walter D. betont: „Wir sind keine Glaubensgemeinschaft oder sonstige religiöse Gruppe; wir haben keine Glaubenslehre, kein ‚Medium‘ und keine Kultgegenstände, keine Symbole, keine Liturgien und keine Rituale.“ Sie missionierten nicht, kassierten weder Spenden noch Beiträge, sie „stehen aber füreinander ein, wie auch immer dies erforderlich erscheint“.

Die Firma wehrt sich auf ihrer Internetseite gegen die Vorwürfe: Ein ehemaliger Mitarbeiter „betreibt mit einigen Gesinnungsgenossen seit mittlerweile mehr als 6 Jahren mit falschen Behauptungen eine öffentliche Rufmordkampagne“ gegen das Unternehmen, „mit dem Ziel, unseren Ruf so zu schädigen, dass wir keine Aufträge mehr erhalten“; möglicherweise verspreche er sich davon, Kunden zu gewinnen. Die Firma sei privatwirtschaftlich geführt; es gebe dort keine Sekte. „Religiöse Aspekte sind Privatsache der Mitarbeiter.“

Der aktuelle Geschäftsführer teilte der FR kürzlich auf Anfrage mit, das Unternehmen sei „mit der behaupteten Glau-

bensgemeinschaft weder rechtlich noch unternehmerisch oder wirtschaftlich verbunden“. Zu den Vorwürfen gegen D., die Vorgänge im Jahr 1988 betreffen sollen, könne er keine Stellung nehmen. Weder das Unternehmen noch deren Rechtsvorgängerin, die 1989 gegründet wurde, „sind hiervon berührt“.

Die Staatsanwaltschaft Hanau habe, heißt es auf der Webseite, „ausgelöst durch die gezielte, mit falschen Behauptungen geführte Kampagne, schwerwiegende Vorwürfe gegen eine ehemalige Mitarbeiterin erhoben“. Sie sei nicht am aktiven Geschäft des Unternehmens beteiligt.

Was sie außen vor lassen: die der FR vorliegenden Dokumente und an Eides statt versicherten Aussagen, die auf einen engen Zusammenhang zwischen Firma und Gruppe hindeuten, zudem die Tatsache, dass D. laut Handelsregister bis Ende 2017 Prokura in dem Unternehmen hatte. Und: Dass die Anklage der Staatsanwaltschaft vom Gericht zugelassen wurde und nicht nur auf „Behauptungen“ basiert.

Zu den „Gesinnungsgenossen“ der „Kampagnentreiber“ werde ich gezählt. Im Frühjahr 2015, bevor er mir mitteilte, ich solle von weiteren Anfragen absehen, schreibt mir Walter D.: „Sie haben sich zum Mittäter einer unglaublich skrupellosen Intrigenlügenkampagne gemacht, und Sie müssen nicht glauben, dass wir nicht auch genügend Zeugen haben, die die Lügen beweiskräftig entlarven können. Sie sind derjenige, der der Rufmordkampagne eine Bühne gegeben hat.“

Das geht so weit, dass die Gruppe mir das Gefühl gibt, unter Beobachtung zu stehen: Im Winter 2015 soll ich beim früheren Verein Sektens-Information und Selbsthilfe einen internen Vortrag über meine Recherchen halten – kurz zuvor wird der Veranstalter in einer langen E-Mail informiert, dass ich Teil einer Rufmordkampagne sei.

Bis heute aber hat niemand aus der Gruppe die FR oder mich verklagt, obwohl die seit 2014 laufende Berichterstattung ein großer Skandal sein soll. Den größten Widerstand aus der Gruppe bekommt ein Aussteiger zu spüren, der 2015



„Sylvia maßt sich nichts an und bildet sich nichts ein. In ewiger Liebe, dein großer Gott und Schöpfer“

als erster nichtanonymisiert an die Öffentlichkeit geht. In der FR, in Fernsehsendungen und auf Facebook erzählt er von seinem Leben in der Gruppe und der Ausbeutung in der Firma. Danach wird er von dem Produktionsunternehmen auf Unterlassung verklagt, weil er sich auch gegenüber Kunden geschäfts- und rufschädigend geäußert habe. Doch er gewinnt sowohl vor dem Landgericht als auch vor dem Oberlandesgericht Frankfurt in fast allen Punkten. Letzteres urteilte: Die Aussage, es handele sich bei der Firma um eine Sekte, sei vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Dieses überwiege das Interesse der Klägerin am Schutz ihres „sozialen Geltungsanspruchs“ als Wirtschaftsunternehmen. Der Beklagte habe in der Gruppe gelebt, die Sache sei von öffentlichem Interesse und die Vorwürfe hätten tatsächliche Anhaltspunkte, zum Beispiel dass die Gruppe einen religiösen Bezug hat und Mitglieder in der Firma arbeiten. Untersagt wurde lediglich die Behauptung, die Staatsanwaltschaft ermittle gegen die Firma, weil sie nur gegen Sylvia D. ermittelte.

Die Behörden

Schon vor Jahrzehnten, noch vor dem Umzug nach Hanau bekommen die Behörden Informationen über Missstände in der Gruppe. Unter anderem sollen Pflegekinder der D.s mangelernährt worden sein und Gewalt erlitten haben. Nach FR-Informationen bekam das Jugendamt Darmstadt entsprechende Hinweise – ohne Konsequenzen

Mitte 2015 kommt die FR in Kontakt mit einem Aussteiger, der erklärt, welche Informationen ein Mitarbeiter des Jugendamtes Hanau Anfang der 90er Jahre von ihm erhalten habe: „Ich habe detailliert beschrieben, was in der Gruppe abging: der Non-Stop-Psychoterror, die Misshandlungen, dieses totalitäre System, die tägliche Hölle.“ Auch zu Jan H.s Tod habe er konkrete Angaben gemacht.

Die FR konfrontiert das Hanauer Jugendamt daraufhin mehrfach mit den Vorwürfen. Dessen Antwort: Die Aussagen zum Todesfall seien zu vage gewesen, die Polizei habe mitgeteilt, es sei ein Un-

fall gewesen. Das Fazit des Amtes: „Auch aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass alles getan wurde, was aufgrund der damaligen Informationslage möglich war.“ Die Anführer der Gruppe seien damals nicht mit den Vorwürfen konfrontiert worden, „weil für die Kinder dadurch eine Gefährdungssituation hätte entstehen können“. Eine nicht nachvollziehbare Argumentation, die Betroffene als Schlag ins Gesicht empfinden: Das Jugendamt wusste offenbar, es hätte eigentlich aktiv werden müssen, weil die Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Notlage waren, tat es aber nicht, weil dies den Kindern unter Umständen hätte schaden können?

Vieles in diesem Fall deutet auf ein massives Behördenversagen hin, sowohl die Fehler bei den ersten Ermittlungen zu Jan H.s Tod als auch die Passivität der Jugendämter. Das Hanauer Amt räumt ein, der Informant habe von einer Versklavung der Sektenmitglieder berichtet und davon, dass Anhänger die Umstände von H.s Tod vertuscht hätten. Daneben gab es weitere Alarmsignale: Zum Beispiel sollen mehrere Kinder durch Schlägereien und Diebstahl auffällig geworden sein.

Weitergehende FR-Nachfragen dazu beantwortet die Stadt Hanau nicht oder blockt sie ab. Man habe damals einen Richter konsultiert, der angesichts der Informationslage keine Möglichkeit gesehen habe einzugreifen. Den Namen des Richters will die Stadt aber nicht nennen, aus „Gründen des Persönlichkeitsschutzes“.

Die neuen Ermittlungen

Im März 2015 rollt die Staatsanwaltschaft Hanau das Verfahren zu Jans Tod wieder auf, nach neuen Aussagen von Aussteigern. Dabei gerät Sylvia D. schließlich in den Fokus der Kriminalpolizei. Zunächst wird sie als Zeugin vernommen, etwa ein Jahr später ist sie Verdächtige.

Zweieinhalb Jahre ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft, bis im September 2017 Anklage gegen Sylvia D. erhoben wird wegen Mordes mit den Merkmalen der Grausamkeit und niedriger Beweggründe. Zunächst leitet Oberstaatsanwalt Jürgen Heinze die Ermittlungen, dann sein Kollege Dominik Mies. Sie verspre-

chen, den Fall minutiös aufzuarbeiten. Der Aufwand, den sie und die anderen Ermittler betreiben, ist enorm – und muss es sein, schließlich liegt das Geschehen weit zurück. Zahlreiche Zeugen werden befragt, mehrere Gutachten erstellt, etwa dazu, wie der Sack beschaffen war, in dem Jan H. schlafen musste.

Später, im Juli 2017, wird seine Leiche auf dem Friedhof in Hanau exhumiert, um weitere Informationen zur Todesursache zu bekommen.

Es gibt mehrere Durchsuchungen, sowohl in Privathäusern als auch in Räumen der Medienproduktionsfirma. Dabei stellen die Ermittler Dutzende Kisten mit möglichem Beweismaterial sicher, ein Großteil davon besteht aus den angeblich göttlichen Briefen. Jeder Satz auf Tausenden von Seiten muss gelesen und seziiert werden. Offenbar haben die Ermittler in den Schreiben, die eine große Bedeutung für das Leben in der Sekte hatten, wichtige Hinweise gefunden.

Andere Taten, die in der Gruppe verübt worden sein sollen, werden im Prozess um Jans Tod womöglich zur Sprache kommen, aber nicht mehr verfolgt. Ein Ermittlungsverfahren, in dem es vor allem um Missbrauch von Schutzbefohlenen ging, wurde bereits eingestellt: Laut Staatsanwaltschaft sind alle Vorwürfe in diesem Zusammenhang verjährt. Aber das Verfahren habe wichtige Informationen zum Fall Jan H. gebracht, bestätigte Dominik Mies vor zweieinhalb Jahren.

Das Landgericht Hanau hat die Anklage der Staatsanwaltschaft mehr als eineinhalb Jahre geprüft und danach zugelassen. Es läuft auf einen aufwendigen Indizienprozess hinaus. Für Sylvia D. gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung.

Die Kammer um den Vorsitzenden Peter Graßmück ist bekannt dafür, in komplizierten Fällen zu einem Verhandlungsmarathon bereit zu sein.

Wird das Gericht Jan H.s Tod aufklären können? Die Verhandlung dürfte für alle Beteiligten aufreibend werden. Ein mehr als 30 Jahre zurückliegender Fall, ebenso komplex wie emotional. Es geht um den Tod eines kleinen Jungen, der viele Fragen aufwirft.

7 Sachen

1/7

Von Daphne de Luxe

Ich wär so gerne ... Selbstversorgerin

Wie wäre die berufliche Bezeichnung für jemanden, der sich komplett selbst versorgt, alles auf natürliche Art und Weise anbaut, sich seinen Lebensunterhalt damit verdient und gleichzeitig entsprechendes Wissen an andere vermittelt? Biobäuerin, Selbstversorgerin, Dozentin für nachhaltige Ernährung und den bewussten Umgang mit Lebensmitteln – von der Trocknung des Samens, über Aufzucht, Lagerung, Haltbarmachen und den Verzehr? Genau das wäre ich gern, stünde ich nicht jede Woche auf den Bühnen dieser Republik.

Aber ehrlich gesagt ist es gar nicht so einfach, sich etwas anderes vorzustellen, wenn man ein Leben lebt, mit dem man zufrieden ist und sich alles so eingerichtet hat, wie es einen glücklich macht und erfüllt. Ich stehe in meinem Beruf als Humoristin auf der Bühne und liebe es, Menschen zu unterhalten, zum Lachen, aber

durchaus auch mal zum Nachdenken zu bringen. Und zwischen meinen Auftritten genieße ich zum Ausgleich mein ländliches Zuhause. Im „Speckgürtel“ von Hannover habe ich mir seit einigen Jahren das Leben geschaffen, das ich auch als Kind kannte, mit viel Natur, einem Garten voller Obstbäume und Gemüsebeeten, Hühnern, Kaninchen, Laufenten und dem einen oder anderen zugelaufenen Tier. Und hätte ich mich nicht der darstellenden Kunst verschrieben, wäre ich sicherlich Biogärtnerin und würde außerdem darin aufgehen, Wissen über ursprüngliche und nachhaltige Anbauweisen, natürliche Konservierungsmöglichkeiten und Methoden der optimalen Lagerung von selbst angebauten Lebensmitteln an junge Generationen weiterzugeben.

Ich selbst habe in Oberfranken meine halbe Kindheit auf dem Bauernhof meines Patenonkels verbracht, und mich hat schon früh die Idee fasziniert, nachhaltig und ursprünglich zu leben. Wenn ich mich richtig erinnere, fing das in meiner Jugend mit dem Buch „Leben auf dem Lande“ von John Seymour an. Und noch heute ist das meine größte Passion und der Ausgleich zum stressigen Tourleben. Ich liebe Bücher und Sendungen mit historischem Gärtnerwissen und versuche, so viel wie möglich auszuprobieren, anzupflanzen, einzukochen oder anderweitig haltbar zu machen, und so passiert es schon mal, dass mich Kolleginnen hinter der Bühne um Rat fragen, wie oder wann sie dieses oder jenes am besten pflanzen. Gut, manche wundern sich auch darüber, dass sich ausgerechnet die üppige „Comedy-Walküre“ mit gesundem

und nachhaltigem Essen befasst. Aber wie sage ich in meinem Bühnenprogramm gern mal: „Natürlich esse ich gern Salat, da müssen Sie gar nicht so schauen. Es gibt schließlich auch dicke Kühe und fette Karnickel.“ Und in der Tat ist Salat etwas, das für mich jede Mahlzeit bereichert. Vor allem der aus dem eigenen Garten. Und wenn das Dressing nach etwas schmeckt und nicht nur wie dreimal durchs Wasser gezogen ... Aber ich schweife vom eigentlichen Thema ab.

Wäre also nicht die Bühne mein berufliches Umfeld, wäre ich quasi eine passionierte Hüterin früheren Wissens um ursprüngliche Methoden und würde sie mit Hingabe an die jüngeren Generationen weitergeben und mich für den Erhalt alter Obst- und Gemüsesorten und ursprünglicher Haustierrassen einsetzen. Wie oft erleben wir, dass Kinder gar nicht mehr wissen, woher die Nahrungsmittel eigentlich kommen und wie viel Aufwand in ihrer Erzeugung steckt. Die Fülle des Überangebotes in den Supermärkten hat dazu geführt, dass der Respekt vor Lebensmitteln verloren gegangen ist. Eine einzige braune Stelle eines Apfels führt zum kompletten Packung. Und überreifes Obst und Gemüse wird lieber vernichtet als weiter verarbeitet. Löbliche Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel.

Lasse ich meinen erfüllenden Beruf der Comedienne also mal außer Acht, würde ich vielleicht eine Selbstversorgereschule gründen, an der genau dieses Wissen vermittelt würde: Obst, Gemüse und Tiere nicht nur als Verzehrobjekte zu betrachten, sondern als „Lebens-Mittel“,

die auf biologische, ursprüngliche und ganz natürliche Weise heranwachsen, verarbeitet und konsumiert werden können. Ich würde mit Kindern Schulgärten anlegen und gemeinsam Gemüse zu leckeren Mahlzeiten verarbeiten und Selbstversorgerkurse für Erwachsene anbieten. Und sind wir doch mal ehrlich, die könnten irgendwann sogar überlebensnotwendig werden, wenn wir mit unserer Erde weiter so umgehen. Es könnte also ein durchaus erfolgreiches Konzept sein. Erfüllend, wie ein Beruf sein sollte, und mit viel Sinn und im wahrsten Sinne des Wortes Nährwert für das Leben.



Daphne de Luxe steht seit 1991 auf der Bühne, tourt mit fünf Comedyprogrammen gleichzeitig und ist eine der Moderatorinnen der Kabarettssendung „Ladies' Night“. Sie ist auch durch TV-Auftritte in der HR-Sendung „Die hessische Weiberfastnacht“ bekannt. Alle Tourtermine unter www.daphnedeluxe.de



ILLUSTRATION: EVA HILLREINER, ADOBE STOCK, AUTORENBILD: SIMONA BEDNAREK

Update
Von Kathrin Passig

Sichtbarkeitswaren



Hier schreibt Kathrin Passig jede Woche über Themen des digitalen Zeitalters. Sie ist Mitbegründerin des Blogs „Techniktagebuch“. www.kathrin.passig.de

Lesen Sie ihre Kolumnen auch online unter www.fr.de/update

Im September schrieb der Freiburger Lehrer und Netzpolitiker Dejan Mihajlović bei Twitter: „Die meisten journalistischen Beiträge der letzten Jahre über Bildung in der digitalen Transformation orientieren sich an den Fragen: Kann man es fotografieren? Sieht es innovativ aus?“ Das ist nicht nur im Bildungsbereich so. Das Vorhandensein eines fotografierbaren Gegenstands macht Werbung leichter und journalistische Texte attraktiver. Nicht immer gibt es tatsächlich etwas zu sehen, was aber niemanden davon abhält, trotzdem etwas abzubilden. Deshalb werden Artikel über Cookies (die Browsertechnik, nicht das Gebäck) traditionell mit Keksen bebildert (dem Gebäck, nicht der Browsertechnik). Beiträge über Hackerangriffe zeigen Menschen mit Kapuzen. Artikel über Computersicherheit sind mit Bildern von Ketten, Vordhängeschlössern, Schilden, Regenschirmen oder Kondomen illustriert. Wenn gar nichts anderes geht, kann man immer noch den Namen des unsichtbaren Dings aus Scrabblesteinen legen und fotografieren.

Vor allem digitale Produkte leiden unter ihrer Abstraktheit, weshalb Computerspiele und sonstige Software lange Zeit in großen, weitgehend leeren Schachteln verkauft wurden. Andere Produkte sind gar nicht besonders abstrakt, sondern lediglich nicht sichtbar, zum Beispiel Musik, und erfordern deshalb ähnliche Abbildungstricks. Früher waren das aufwendig gestaltete Plattencover und Musikvideos, dann wurde eine Weile herumgeklagt, dass auf CDs nicht mehr so viel Platz für Grafik sei, und inzwischen nimmt man halt irgendwelche Bilder von irgendwas. In einem Paralleluniversum, das nicht wie unseres vom Auge, sondern vom Ohr dominiert ist, wird zu jedem schweigsamen Produkt ein Extrageräusch entwickelt, damit es sich überhaupt im Radio, Podcast und Hörbuch ab- ...äh ...-bilden lässt.

Was fehlt, sind Firmen, die sich auf die Herstellung ganz und gar sinnloser Sichtbarkeitsgegenstände spezialisieren. Der einzige Daseinszweck so eines Gegenstands wäre die Illustration von Texten und Anzeigen. Aber vielleicht ist das auch schon längst geschehen, und diese Firmen bieten ihre Dienste einfach nur sehr diskret an. Das würde einiges erklären, zum Beispiel die Existenz goldener Bitcoin-Münzen aus Plastik und aus Metall. Bitcoin ist eine rein digitale Währung, und die Münzen haben keine Funktion, schmücken aber so gut wie alle Artikel, die über das Thema geschrieben werden. Als Google das mobile Betriebssystem Android vorstellte, wurden dazu mittelgroße Plastikandrosen verschenkt, die absolut keine Funktion hatten, außer auf Fotos herumzustehen. Nicht viel mehr können die Roboter, die in den vergangenen Jahren auf Veranstaltungen zum Thema Gegenwart oder Zukunft allgegenwärtig waren: Sie lassen einen vorgegebenen Dialog mit Kopfbewegungen und Gesten gesprächsähnlicher wirken, winken ins Publikum und schütteln Angela Merkel die Hand. Wozu das gut sein könnte, wird von

den Herstellern meistens vage mit „Kinder und Jugendliche ans Thema Robotik heranführen“ umschrieben. Nur für eine Gruppe liegt der Nutzen auf der Hand: Und das sind alle, die entweder über die Veranstaltung schreiben oder Artikel über künstliche Intelligenz mit irgendwas bebildern müssen.

Womöglich kursieren neben Werbebeschenkatalogen im Hintergrund der Unternehmenswelt schon lange die geheimen Kataloge der Sichtbarkeitswareindustrie: Schule, Universität oder Firma soll irgendwie digitaler werden? Der Gegenstand 3000 (individuelle Namensgebung gegen Aufpreis) schmückt Pressemitteilungen, nimmt nicht viel Platz weg, ist mangels Funktionen 100 Prozent ausfallsicher und verursacht im laufenden Betrieb keine Kosten. Für Kunden, die gar keinen Gegenstand aufzustellen planen, sondern nur eine Illustration benötigen, gibt es ein breites Sortiment fiktiver

Schachteln, Dinge mit Rädern untendran, und zum Thema künstliche Intelligenz kann jeder beliebige Sachverhalt mit Augen und Händen ausgestattet werden. Das Angebot eignet sich besonders für schnelle Branchen, in denen jeder real angeschaffte Gegenstand fünf Minuten nach der Angestelltenschulung schon wieder überholt ist.

Während ich diesen Text schreibe – im Liegen, im Haushalt meiner Mutter –, hat die Mutter Quitten geerntet, Marmelade gekocht und hundert Dinge von hier nach dort geräumt. Ich habe ausgesehen, als würde ich nichts tun. Früher konnte man beim Nachdenken und Schreiben wenigstens noch sehr laut mit der mechanischen Schreibmaschine klappern. Falls Hersteller von Arbeitssichtbarmachungsprodukten mitlesen: Ich wünsche mir zur Veranschaulichung meiner Arbeit so etwas Ähnliches wie eine Dampfturbinenhalle, nur transportabler.

Digitale Produkte kann man nicht zeigen. Wer über sie schreibt, will sie dennoch bebildern. Das könnte ein Geschäft sein



3/7

Sieben Gründe Helmut Berger gut zu finden



1

Der Hotelierssohn aus Bad Ischl ist nicht nur ein fantastischer Schauspieler, sondern ein echter Freigeist: Mit 17 zog er nach Perugia, um sein Italienisch zu verbessern, dann allein ins Swinging London, wo er kellnerte und modelte. Zurück in Italien machte ihm der 38 Jahre ältere Starregisseur Luchino Visconti Avancen – der Rest ist Geschichte. So werden Legenden geboren.

2

Helmut Berger galt zu Recht als schönster Mann der Welt – doch nicht nur das: In Luchino Viscontis „Die Verdammten“ parodierte er 1969 als soziopathischer Sohn einer Industriellenfamilie in einer Szene Marlene Dietrich im „Blauen Engel“ so hinreißend, dass Regisseur Billy Wilder daraufhin bemerkte: „Außer Helmut Berger gibt es gar keine interessanten Frauen mehr!“ Vollste Zustimmung.

3

Der Schauspieler war ein zum Niederknien tragischer und zum Dahinschmelzen apter „Kini“ in Viscontis Monumentalhuldigung „Ludwig II“ (1972), in der man ihm auch noch bei 20 Filmminuten langem Ankleidetamtam gebannt zuschaut, ohne sich zu langweilen. So geht Präsenz.

4

Der Mann mag affektiert sein, ein dandyhaftes Geschöpf mit fatalem Hang zum Substanzmissbrauch – eitel ist er nicht und dazu auch noch ausgesprochen umgänglich.

Und seine Geschichten sind unschlagbar: Wer kann schon von sich behaupten, dass er mit allen Filmgrößen seiner Zeit und der halben Besatzung der Stones im Bett war? Mehr Rock'n'Roll geht nicht.

5

„Ins Jetset bin ich erst reingerutscht und da dann ausgerutscht. Aber ich mache eben überall mit, wo was los ist!“ Sympathischer kann Selbsterkenntnis kaum sein.

6

Helmut Berger allein auf seine Exzesse zu reduzieren, würde dem Maestro keinesfalls gerecht. Es umwehte ihn selbst dann noch Grandezza, als er 1971, als Ehrengast beim Rosenball in Monaco, den ganzen Abend lang Tanzaufforderungen galant ablehnend, im schneeweißen Anzug auf einer aufgrund von übermäßigem Koksgenuss vollen, stinkenden Hose saß. Und selbst mit drei Promille kann er noch viersprachig Proust zitieren – ein echter Grandseigneur und souverän in jeder Lebenslage.

7

Selbst im „Dschungelcamp“ 2013 war jeder noch so wirre Satz des fachgerecht durchzerrütteten Helmut Berger gewichtiger, klüger und stilvoller als alles, was seine Mitcamper von sich gaben. Unvergessen der Moment, als er die flauen Untenrum-Scherze eines Mitcampers mit einem näselnden „Jetzt wird er g'wöhnlich“ abwatschte. So penetrant und indiskret Helmut Berger auch sein kann – gewöhnlich wird er nie.

Tania Kibermanis



SHUTTERSTOCK, BESTSECRET, AUTORENBILD, PETER JÜLICH

4/7

Ich habe Ihnen einen Fummel mitgebracht

Von Manuel Almeida Vergara

Die schöne Jacke Ihrer besten Freundin. Von dem tollen Label, bei dem Sie auch gleich was bestellt haben. Ihre Freundin hat halt immer gute Modetipps. Sie ist damit ein „Transmitter“, also eine, die im Bekanntenkreis als Fachfrau gilt. In irgendeinem Feld trifft das auf fast jeden zu, hat zumindest eine britische Studie ergeben. Und: Über 75 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher hörten beim Einkauf auf solche privaten Ratschläge. Mundpropaganda ist in der bunten Warenwelt also wichtiger als bisher angenommen, schlussfolgern die Autoren der Studie. Und alle stimmen ein: „Die Rückkehr der Mundpropaganda“ beschwört der „Stern“, die Wiederentdeckung der „ältesten aller Werbeformen“ schreibt „Focus“. Und Marian Schikora weiß: Da ist was dran.

Er ist Geschäftsführer bei BestSecret, „und der Name ist Programm“, sagt er. Das Geheimnis und seine Weitergabe gehören für ihn zum Geschäft. Auf der Webseite und in den Geschäften in Wien, München und Frankfurt kann nur einkaufen, wer „von einem bestehenden Mitglied eingeladen wird“. BestSecret ist ein geschlossener Verkauf reduzierter Modekollektionen und kann deshalb kaum öffentlich auftreten. „Nur weil wir diskret in der Vermarktung sind, geben uns die Marken ihre Überhänge zu anderen Konditionen. Sie wissen, dass wir den Markt nicht stören und nur an unsere Mitglieder verkaufen“, so Schikora. Und das bedeute eben Geheimniskrämerei, „keine Werbung, lieber unter dem Radar, tendenziell presseschau“. Ist Aufmerksamkeit eigentlich die Währung der Mode, wird sie bei BestSecret tunlichst vermieden, Interviews gibt Schikora kaum. Was zurück zu den Transmittern führt.

Die sind schließlich die einzigen, die BestSecret neue Kundinnen und Kunden bringen. Laut

der britischen Studie sind solche Leute nicht nur gut informiert und markenbewusst. Sie nutzen auch das Internet überdurchschnittlich viel. Schikora kennt das, „wir haben sehr viele Mitglieder, die sich täglich auf der Seite bewegen“, sagt er. Dementsprechend würden in der geschlossenen Community jeden Tag neue Produkte vorgestellt, neues Futter für die Transmitter und ihre Gefolgschaft im Bekanntenkreis. Ein gut gehendes System, von dem am Ende viele zehren, sich schöne Sachen zu moderaten Preisen angeln können. Und weit weg vom Mundpropaganda-Marketing, wie es in den USA verstärkt betrieben wird.

Dort beliefern spezielle Unternehmen wie Procter & Gamble ihre rund 250 000 Mitglieder nämlich gleich mit Gratispullis oder Spülmittelproben, die im Gegenzug an Freunde weiterempfohlen werden müssen. Eine „Kommerzialisierung zwischenmenschlicher Beziehungen“ nennt das ein Kritiker im „Focus“ leicht dramatisch, „die ehrlichste Form des Marketing, die auf dem natürlichen Drang der Menschen aufbaut, sich mit Freunden auszutauschen“, meint der „Verband für Mundpropaganda-Marketing“. So oder so: Der Tipp von ihrer besten Freundin könnte Gold wert sein. Fragt sich nur noch, für wen.



Manuel Almeida Vergara könnte auch ein Transmitter sein – aber sein Expertenwissen behält er sich für FR7 vor.

5/7



JUTTA JOHANNIS

Mach's dir selbst

Sandra Danicke entdeckt Alltagsprovisorien

Da denkt man, so ein Fächerbesen sei ein ganz simples Instrument, mit dem man ohne Fachwissen sein Laub zusammenkehren kann. Von wegen! Viele dieser Gartengeräte haben in Wahrheit ihre Tücken, zumindest jene, bei denen man die Breite des Fächers einstellen kann. „Leider macht die Flügelschraube häufig nicht lange mit“, schreibt uns Jutta Johannis. Noch schlimmer sei es allerdings, wenn – wie hier – das Langloch im Einstellungsblech aufbricht, so dass der Fächer weder arretiert noch gehalten werden kann. Der FR7-Leserin sind verschiedene Einstellungen nicht wichtig, ein funktionierender Laubbesen hingegen schon. „Deshalb habe ich ein Spanngummi mit Metallhaken so reingehängt, dass der Laubfächer maximal gespreizt seinen Dienst tut. Sollte er wirklich kurzfristig mal mit hohem Widerstand schmaler werden müssen, ist die Einstellung jetzt sogar etwas elastischer als mit der Langlocheinstellung.“ Gewusst wie!

Sie haben auch ein Provisorium in Ihrem Alltag? Schicken Sie uns ein Foto unter FR7@fr.de. Die besten werden veröffentlicht.

6/7

Häuptling Eigener Herd

Rotkohl mit Entenbrust

Von Vincent Klink

Engländer wie Amerikaner nennen uns Deutsche gerne Krauts, und das scheint kein Kompliment zu sein. Und wenn mir das Wort Kohl oder Kraut ins Ohr gerät, zuckt die Ohrmuschel und noch mehr die Nase. Als einer der schlechtesten Soldaten aller Zeiten, dem braven Soldaten Schwejk nicht unähnlich, litt ich unter dem Starrsinn der Vorgesetzten, aber noch mehr unter dem Kohlgeruch in der Bundeswehrkantine. So mancher Knastbruder wird ähnlich paralysierende Gase inhaliert haben. Kohl enthält viel Schwefel. Wenn dieser nicht ganz frisch und ruckzuck verarbeitet wird, oxidiert er, und das hat viel mit Stinkbomben zu tun. Nirgends wird mehr Kohl gegessen als in Asien. Warum duftete es dort, und bei uns drückt uns Verwesungsgewölke zu Boden? Aufgewärmtes Kraut schmecke besser, behaupten teutonische Sturköpfe? Das mag zutreffen, wenn man die folgende Methode nicht kennt. Das Kraut muss nämlich kurz gegart werden und soll trotzdem nicht hart sein. Es gilt also, was auch bei dem Kauf von frischem Sauerkraut

zutrifft: Das Kraut muss gevierteilt und dann haarfine geschnitten sein, die Zwiebeln ebenso. Am besten eine Brotschneidemaschine oder einen Japanhobel benutzen.

Zutaten für vier Personen

Zwei kleine Entenbrüste, 1 Kopf Rotkohl, nicht zu groß, 25 g Preiselbeerkonfitüre, 200 g Johannisbeerkonfitüre, 2 Lorbeerblätter, 8 EL Apfelessig, 1/2 l kräftiger Rotwein, 1 TL gestoßener Wacholder, 1 Nelke, 1 Msp. gestoßener Piment, 3 Zwiebeln, 3 EL Gänse- oder Butter-schmalz, Pfeffer, Salz

Zubereitung

Die Zwiebeln mit etwas Gänse- oder Butter-schmalz hellblond rösten, dann kommt außer der Brust und den Konfitüren alles in den

Topf. Während des Kochens keinen Deckel drauf, sondern immer wieder das Unterste nach oben drehen. Nach einer Viertelstunde die Konfitüren hinzugeben, 15 Minuten weiterkochen und mit einer Gabel sanft rühren und wenden. Zum Schluss auf größtmöglichem Feuer unter ständigem Umrühren allen Saft einkochen, bis das Kraut anzubrennen droht. Restliches Gänse- oder Butter-schmalz oder Butter unterziehen, mit Pfeffer und Salz abschmecken. Nun zur Entenbrust: Die Haut wird in Karos eingeritzt und mit Salz und Pfeffer eingerieben. Mit der Hautseite nach unten in eine möglichst kleine Pfanne legen und einen Deckel drauflegen. Die Brust auf Stufe 1, also kleinstem Feuer, ziehen lassen. Es tritt Fett aus, wenn nicht, heizen wir ein wenig mehr. Nach 15 Minuten müsste die Haut braun sein. Wir schütten das Fett in die Biotonne und braten die Brust auf der Fleischseite noch 5 Minuten. Pfanne vom Herd nehmen und bei geschlossenem Deckel 10 Minuten ziehen lassen. Das war's. Dazu Rotkohl und vielleicht noch Salz- oder Butterkartoffeln reichen.



Vincent Klink kocht in seinem Stuttgarter Restaurant „Wielandshöhe“ und bisweilen auch im Fernsehen.

7/7

Hier kommen Tiere

Winke, winke

Wer ein echter Kavalier ist, achtet stets auf das Wohlergehen seiner weiblichen Begleitung. In kundigen Onlineportalen findet man etwa den Rat: „Der Herr geht treppauf hinter der Dame und treppab vor der Dame, um bei etwaigen Missgeschicken behilflich sein zu können.“ In der Tierwelt dürfte Herr Winkerkrabbe zu den unerschrockensten Kavalieren gehören: Gerät ein Weib-

chen durch ungehobelte Eindringlinge einer anderen Krabbenkolonie in Gefahr, kommt Herr Winkerkrabbe mit seiner imponierenden Winkerschere zu Hilfe und schlägt die Angreifer in die Flucht. Zur Belohnung ist das Weibchen zum Sex bereit. Wissenschaftler zeigten sich von der Reihenfolge – erst Schutz, dann Sex, nicht umgekehrt – überrascht. Aber das waren wohl keine Kavaliere. *osk*



Einer geht noch!



Ein Vierjähriger als „Machtsadist“

HANAU Im Mordprozess gegen Sektenchefin Sylvia D. offenbaren Tagebucheinträge den Hass auf den verstorbenen Jan H.

VON GREGOR HASCHNIK

Billigen Sie diese Einschätzung?“, fragt Oberstaatsanwalt Dominik Mies Zeugin Claudia H. Dann wird es totenstill im Saal – gut fünf Sekunden. Gefühl viel länger. H. ringt mit ihren Gedanken und um Worte, lautlos.

Im Mordprozess am Landgericht um den Tod von H.s vierjährigem Sohn im Jahr 1988 sind Einträge aus Tagebüchern der angeklagten Sektenchefin Sylvia D. sowie angebliche Briefe Gottes an D. verlesen worden. Jan wird darin als „Machtsadist“, kalter, eingebildeter „Schauaffe“ bezeichnet, der nach Lust und Laune in die Hose mache, dreckig grinsende und wisse, wie fies er sei. Er erwachsen wäre er nicht zu bändigen; Gott habe ihn „abhöhlen“ müssen, um Schlimmeres zu verhindern. Bei Gott kriege Jan keine Pause, weil er viel Schuld auf sich geladen und Rechnungen aus früheren Leben zu begleichen habe.

Solche Sätze wurden in der Gruppierung verbreitet, und zwar kurz vor und nach dem Tod von H. Seine Mutter räumt vor Gericht ein, sich sinngemäß daran zu erinnern, zumindest an einen Teil davon. Aber sie betont: Das sei „keine Festlegung“ und nicht wörtlich gemeint. Es stünde nur für die Auseinandersetzung in und um Jan, zwischen Gut und Böse. Sei nicht auf die Realität übertragbar, zumal es sich teilweise um Träume handele. D. habe Kinder nie misshandelt, weder körperlich noch psychisch, sondern „liebevoll“ und geduldig um Menschen gerungen, sie niemals aufzugeben.

Nach jahrelangen Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft vom Gegenteil überzeugt. Sie wirft der 72-jährigen D. vor, Jan H. grausam und aus niedrigen Beweggründen getötet zu haben. Sie habe den in einen Leinensack eingeschürten Jungen, der in ihrer Obhut war, im Badezimmer erstick-

cken lassen. Die Kinderkrankenschwester soll ihn als böse und als Wiedergeburt Hitlers betrachtet haben. Das Todesermittlungsverfahren wurde 1988 eingestellt, weil es nach Ansicht der damaligen Ermittler keine Hinweise auf Fremdverschulden gegeben habe.

Der Richter appelliert an die Zeugin, voll auszusagen

Nachdem die FR über die Sekte berichtet hatte und Aussteiger aussagten, wurde der Fall 2015 neu aufgerollt. D. bestreitet den Vorwurf. Laut ihren Verteidigern habe es gar keine Tötungshandlung gegeben; die Ursache des Todes sei unklar und vieles in der Anklageschrift Spekulation. Für D. gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung.

Mehr als fünf Stunden wurde Claudia H. am zweiten Verhandlungstag befragt. Wie zum Auftakt verteidigte sie D., die „wie eine

Schwester“ für sie sei, lobte sie immer wieder und zitierte dabei auch wörtlich Leitsätze der Anführerin. Diese habe schon früh erkannt, dass „Gott mit allem und jedem zu tun hat“. Pflegekinder hätten D. und ihr verstorbener Ehemann Walter nicht aus finanziellen Gründen aufgenommen, sondern um schwierigen Charakteren „eine Chance zu geben“. Nach übereinstimmenden Aussagen sollen jedoch diese und andere Kinder massive Gewalt erlitten haben, vor allem Jan.

Später las der vorsitzende Richter Peter Graßmück Einträge aus dem Tagebuch von Claudia H. vor, die wohl verfasst wurden, kurz nachdem Jan gestorben war. Am 18. August 1988 etwa ist zu lesen: Der Alte – so wurde Gott genannt – „hat unseren Jan geholt“. Jan habe sich an dem Tag wieder nassgepinkelt, ohne zu rufen und durch sein anschließendes Toben Sylvia und Walter D. geweckt. Der Alte habe zuvor noch gewarnt, Jan

„werde uns immer mehr mit Geschrei schikanieren“. Und dass er Jan holen könnte. Aber keiner habe gewusst, wie konkret die Warnung war. Die ganzen Jahre „haben wir mit Hilfe des Alten versucht, seinen Wahn zu bremsen“, damit Jan „eine Chance bekommt“. Doch er sei richtig sadistisch gewesen.

Gestern verstrickte sich H. mehrfach in Widersprüche: So sagte sie einerseits, Jan in den Sack einzuschnüren, sei eine Sicherheitsvorkehrung gewesen, damit er sich nicht zu viel bewege und im Bad an Kanten stoße. Andererseits meinte H., der Sack sei ziemlich groß gewesen und der Junge habe darin spielen können.

Am Ende richtete Graßmück noch einen Appell an Claudia H. Sie sei derzeit die wichtigste Informationsquelle, solle alles Revue passieren lassen und sich von nichts und niemandem beeinflussen lassen. Dann sagte er zu ihr: „Es war Ihr Kind.“

Genossenschaft schafft günstige Wohnungen in Fabrik

OFFENBACH Wohnraum und Kulturcafé mitten im Stadtteil Bürgel / Eine weitere Initiative plant Wohnprojekt für Kreative

VON FABIAN SCHEUERMANN

Etwas Vorstellungskraft braucht man noch beim Durchschreiten der ehemaligen Maschinenfabrik der Gebrüder Hau im Offenbacher Stadtteil Bürgel: Dort, wo durch große schmutzige Scheiben derzeit bestenfalls etwas fahles Licht in eine mit Moos bewachsene Industriehalle scheint, soll nach dem Willen der Genossenschaft Creativ-Häuser in den nächsten anderthalb Jahren ein gemeinschaftliches Wohnprojekt entstehen. Ein Projekt, das es so in Offenbach noch nicht gibt: Geplant sind rund 15 Wohnungen auf mehreren Stockwerken, gruppiert um Gemeinschaftsräume wie etwa einen loftartigen Arbeitsraum, eine Sauna und einen Dachgarten – den ein Genossenschaftsmitglied in einen urbanen „Dschungel“ verwandeln möchte. Skyline-Blick inklusive. Im Erdgeschoss ist ein Kulturcafé geplant.

Trotz des Altbau-Charmes und der Neubauprodukt, die die Wohnungen nach Abschluss der Arbeiten haben werden, sollen die Mieten bei nur 7,50 Euro kalt liegen – halb so viel wie derzeit in der Stadt für gut gelegene neue Wohnungen verlangt wird. Das geht so: Einige Leute aus Offenbach und anderen Teilen der Region haben 2018 die Genossenschaft gegründet und sich mit je 7000 Euro daran beteiligt. Manche haben Darlehen beigesteuert. Dazu kam ein Kredit. So ist es den Genossenschaftlern rund um den Makler Rudolf Gaul und den Ingenieur Udo Gann gelungen, die Fabrik zu kaufen. Ende des Jahres werde der Bauantrag gestellt, erzählt Geo Oeter, ein Frankfurter Architekt, der den Umbau plant und Genossenschaftsmitglied ist. Im Frühjahr könnten dann die Umbauarbeiten beginnen.



39 Mitglieder hat die Genossenschaft Creativ-Häuser – einige werden in die Fabrik einziehen. MONIKA MÜLLER

„Es erfolgt keine profitorientierte Vermarktung von Wohn-, Arbeits- und Kulturraum“, lautet einer der Leitsätze der Genossenschaft. Das ist selten so in Offenbach, wo es der Stadt nicht gelingt, in größerem Umfang bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und viel teure Wohnungen entstehen. Kein Wunder, dass viele am Mitwohnen in der alten Hau-Fabrik interessiert sind: 39 Mitglieder hat die Genossenschaft bereits. Und für die Wohnungen gibt es schon vor Baubeginn eine Warteliste, erzählt Udo Gann.

Er selbst will dort leben, weil er die alten Räume „einfach inspirierend“ findet. Viele reizt vor allem das Zusammenleben mit anderen Menschen: In Bürgel sollen Leute im Alter von 0 bis 88

einziehen, erzählt Rudolf Gaul. Nicht dabei ist Jura Nic, die mit Mann und zwei Kindern in einer Wohnung in Rodgau wohnt. Gerne würden sie in einem solchen Wohnprojekt leben, erzählt sie. Sie hofft auf die Zukunft – denn die Genossenschaft hat zwei weitere Gebäude in Offenbach im Blick. Bis 2023, schätzt Gaul, könne man bis zu 100 Wohnungen schaffen. Auch wenn die Bürokratie „viel Energie“ koste, wie er sagt. Tatsächlich ist es in den letzten Jahren niemandem gelungen, ein vergleichbares Projekt in der Stadt zu realisieren. Der Verein „Lebenswert“ etwa versucht seit 2009 erfolglos, ein zweites Mehrgenerationenhaus zu etablieren.

Doch es kommt Bewegung in die Sache. So will die Stadt, dass

bahnhof wünscht man sich ein solches Wohnprojekt. Der Grund liegt wohl in den erwarteten Wechselwirkungen: Dem Soziologen Gerd Kuhn zufolge tragen solche Wohnprojekte mit ihrem Engagement und Bewohnermix zur „Stabilisierung von Nachbarschaften“ bei, wie er sagt. Er rät den Städten bei vorrangiger Vergabe von Bauland aber dazu, zu fragen, „was die Gruppe dem Gemeinwohl zurück“ gebe.

Ein weiteres Wohnprojekt plant seit einigen Jahren eine Gruppe um den Architekten Josef Krzyzaneck und den Verein Creativ-Haus Offenbach, die seit 2015 auch als Genossenschaft firmiert. Die Namensähnlichkeit mit jener Genossenschaft in Bürgel ist kein Zufall: Beide sind aus derselben Gruppe hervorgegangen, die vor einigen Jahren temporär im ehemaligen IHK-Haus neben dem Offenbacher Rathaus Wohn- und Kulturräume eingerichtet hatte.

Krzyzaneck Genossenschaft hofft, bis Ende des Jahres einen Kaufvertrag für ein Gebäude in Offenbach unter Dach und Fach zu haben. Interessierte mit wenig Geld – etwa Studierende – sollen von anderen Genossenschaftsmitgliedern Unterstützung bekommen. „Wir wollen, dass Jung und Alt, Arm und Reich zusammenleben“, sagt Krzyzaneck. Alle sollen sie bis ins hohe Alter Kunst und Kultur machen können. Krzyzaneck ist überzeugt, dass ein solches Projekt im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und Innenstadtebebung sei.

Einen ersten Raum hat der Verein Creativ-Haus Offenbach gerade im Einkaufszentrum Komm bezogen: Ab Dezember soll es hier Kulturveranstaltungen geben. „Das ist eine Kreativschmiede, ein Labor, mit dem wir Impulse für die Innenstadt geben wollen“, sagt Krzyzaneck hoffnungsfroh.

NETZWERKEN

Wer Interesse an gemeinschaftlichem Wohnen in Offenbach hat, kann an diesem Samstag ab 14 Uhr in die Räume des Kunstvereins im 1. Stock des Komm kommen – die Grünen laden zum Netzwerktreffen lokaler Initiativen ein.

Mehr Infos zu der Genossenschaft, die in Bürgel bauen will, gibt es im Internet auf www.creativhaeuser.de.

Die Gruppe, die ein Wohnprojekt für Kreative anstrebt, präsentiert sich auf www.creativhaus-offenbach.de.



Mit Schutzanzügen kämpften sich die Einsatzkräfte zu dem lecken Fass durch.

SILAS STEIN/DPA

Chemiewolke überm Feld

DIETZENBACH Sieben Mitarbeiter in Logistikunternehmen verletzt

VON ANNETTE SCHLEGL

Bei dem Gefahrgutunfall, der sich am Mittwoch gegen 16.45 Uhr in der Umschlaghalle des Logistikunternehmens Rhenus in Dietzenbach ereignete, sind nicht nur fünf – wie ursprünglich gemeldet –, sondern nach Auskunft von Dietzenbachs Stadtbrandinspektor Michael Plahusch insgesamt sieben Menschen leicht verletzt worden. Neben fünf Arbeitern mussten auch zwei Lkw-Fahrer ins Krankenhaus gebracht werden.

Bei dem Stoff, der aus dem lecken 200-Liter-Fass austrat, handelt es sich um die ätzende und brennbare Flüssigkeit 3-Dimethylaminopropylamin. Im Kontakt mit der Luftfeuchtigkeit entwickelte sie eine nebelartige, weiße Wolke. Die verletzten Mitarbei-

ter liefen allesamt durch diesen Nebel, der sich auf 80 Quadratmetern in der Halle ausbreitete. Die Wolke zog dann durch zwei offene Rolltore ins Freie und legte sich in Richtung Südwesten über ein Feld auf der gegenüberliegenden Seite. Da sich der Gefahrstoff dabei verdünnte, sei die Bevölkerung jedoch nicht gefährdet gewesen, so Plahusch. „Nur wenn der Nebel in großen Dosen eingeatmet wird, ist er schädlich“, erklärte er. Bewohner des Ortsteils Hexenberg nahmen einen fischartigen Geruch wahr.

Bis zu 120 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei waren bis 3 Uhr nachts vor Ort, dazu noch vier Spezialisten der Werksfeuerwehr des Herstellers BASF. Anfangs sei noch unklar gewesen, um welchen Stoff es sich handelte, so Plahusch. Un-

ter Atemschutz und mit Chemieschutzkleidung drang ein Trupp in die Halle vor und fand auf der Palette acht Fässer mit drei verschiedenen Stoffen – laut aufgedruckten Gefahrunnummern alle ätzend und brennbar. Die Einsatzkräfte stellten dann fest, dass nur in einem ein Leck war. Die aufgedruckte Stoffnummer verwies darauf, dass es sich um ein Amin handelte. 3-Dimethylaminopropylamin ist ein Zwischenprodukt zur Herstellung von Farbstoffen.

Am Donnerstagmorgen nahm die Feuerwehr die ätzende Flüssigkeit noch auf. Eine Fachfirma übernimmt die Entsorgung. Die Polizei ermittelt wegen fahrlässiger Körperverletzung. „Es wird überprüft, ob jemand etwas falsch gemacht hat“, so ein Polizeisprecher. Das sei „das klassische Ermittlungsverfahren“.

Bewährungszeit für Randalierer

DARMSTADT Schlossgrabenfest-Krawalle werden noch immer aufgearbeitet

VON JENS JOACHIM

Sie haben aus dem Darmstädter Herrngarten Glasflaschen in Richtung Polizisten geworfen, Dienstwagen demoliert und Beamte verhöhrt und beleidigt: Fast 17 Monate nach den gewaltsamen Ausschreitungen am Rand des Schlossgrabenfestes ist die juristische Aufarbeitung der Krawalle noch immer nicht abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat 29 Anklagen und einen Strafbefehl antrag angefertigt. Die vorläufige Bilanz der folgenreichen Nacht vom 2. auf den 3. Juni 2018: Es gab acht rechtskräftige und fünf noch nicht rechtskräftige Urteile. Teilweise sind die Verhandlungen nach Auskunft von Oberstaatsanwalt Robert Hartmann, dem Sprecher der Ermittlungs- und Anklagenbehörde, noch nicht terminiert worden.

Am frühen Morgen des 3. Juni war die Polizei nach dem Ende der Musikdarbietungen am Rande des Festgeländes im und am Herrngarten mit Flaschen und Steinen beworfen worden. Mehrere Beamte

wurden dabei verletzt. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin mehr als 150 Verfahren eingeleitet. Mindestens ein Polizeibeamter ist nach den Ausschreitungen derart traumatisiert, dass er schon seit mehreren Monaten seinen Dienst nicht versehen kann, sagte am Mittwoch ein Polizist im Rahmen einer Zeugenvernehmung vor dem Amtsgericht aus.

Nach Auskunft des Sprechers der Staatsanwaltschaft wurden mutmaßliche Flaschenwerfer durchweg wegen besonders schwerem Landfriedensbruchs angeklagt. Die Richterinnen und Richter hätten überwiegend Jugendstrafen zwischen sechs und zehn Monaten verhängt. In einem Fall sei unter Einbeziehung einer weiteren Strafe eine Jugendstrafe von einem Jahr ausgesprochen worden. Alle verurteilten Angeklagten erhielten Strafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Mitunter wurde den Verurteilten auch auferlegt, an Kursen teilzunehmen, die sich mit den Themen Gewalt und Alkohol auseinandersetzen.

Soweit den Beschuldigten nur Landfriedensbruch oder Begleitdelikte wie der Verstoß gegen das Waffen- oder Versammlungsgesetz oder Beleidigung vorgeworfen wurde, wurden laut Oberstaatsanwalt Hartmann überwiegend Verwarnungen nach dem Jugendgerichtsgesetz oder Geldstrafen ausgesprochen.

Ein inzwischen 20-jährige Dieburrigerin war Anfang Juni vom Amtsgericht Dieburg vom Vorwurf freigesprochen worden, sie habe weitere Personen aufgefordert, sich an den Ausschreitungen zu beteiligen und eine Flasche zu werfen. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, die aber in der vorigen Woche verworfen wurde.

Ein 24-jähriger Darmstädter wurde am Mittwoch von einer Amtsrichterin zu einer Geldauflage von 700 Euro verurteilt. Ihm war ebenfalls Landfriedensbruch vorgeworfen worden. Es konnte dem Mann aber nicht nachgewiesen werden, dass er auch auf einen Polizeiwagen geklettert war und den Wagen beschädigt hatte.

Neues Wohnquartier statt Supermarkt

OBERURSEL 30 Prozent im „bezahlbaren“ Bereich

Bis 2016 befand sich auf dem Gelände im Süden von Oberstedten ein Rewe-Markt, noch früher ein landwirtschaftlicher Betrieb. Deshalb haben die städtischen Planer für das 1,6 Hektar große Wohnquartier, das am Ortsrand des Oberurseler Stadtteils entstehen soll, den malerischen Namen „Marienhof“ gewählt.

Rund 70 neue Wohnungen will der Eigentümer des Supermarktgrundstücks darauf errichten, nach den Vorgaben des Stadtparlaments sollen 30 Prozent davon im „bezahlbaren“ Segment entstehen. Der Leiter der Stadtplanung, Arnold Richter, geht für diese Einheiten von einer Miethöhe von 9,40 Euro pro Quadratmeter aus.

Geplant sind sieben Mehrfamilienhäuser sowie Reihenhäuser in unterschiedlichen Größen. „Wir wollen keine Monokultur“, sagt Bürgermeister Hans-Georg Brum (SPD). Auf dem Ge-

lände befinden sich bereits Häuser mit zehn Mietwohnungen. Diese sollen erhalten bleiben.

Wunsch der Stadt ist es, im Erdgeschoss eines der neuen Gebäude eine Kindertagesstätte unterzubringen. In der Umgebung gebe es derzeit keine Kita, gleichzeitig steige der Bedarf an Betreuungspersonen. Über diese Frage müsse aber noch „intensiv diskutiert“ werden.

Durch den Bau der neuen Häuser wird ein Teil der früheren Gewerbefläche entsiegelt. Allerdings soll auch ein 6200 Quadratmeter großes Areal in die Planung einbezogen werden, das derzeit als Wiese und Pferdekoppel genutzt wird. Ein Viertel des Planungsareals gehört der Stadt.

Durch die neuen Wohnungen werde es zwar zusätzlichen Verkehr geben, räumt der Bürgermeister ein. Allerdings werde der bei weitem nicht so stark sein wie früher rund um den Lebensmittelmarkt. twe

BEKANNTMACHUNGEN

Höchster Sterbekasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

65926 Frankfurt am Main

Einladung zu der Mitgliederversammlung

Hiermit laden wir unsere Mitglieder zu der am

Freitag, den 15.11.2019 um 15.00 Uhr

im

Konferenzcenter Pensionskasse (2. OG), Gebäude C 770,

Industriepark Höchst, 65926 Frankfurt-Höchst

stattfindenden Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates
2. Information und Beschlussfassung über eine zielführende Prüfung und Umsetzung der Übertragung des Bestandes der Vorsorge Sterbekasse der Werksangehörigen der Degussa Aktiengesellschaft VVaG auf die Höchster Sterbekasse VVaG
3. Verschiedenes

Zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung sind nur Mitglieder der Höchster Sterbekasse VVaG berechtigt.

Anträge auf Ergänzung oder Änderung der Tagesordnung müssen gemäß § 3 Abs. 3 der Geschäftsordnung bis zum Beginn der Mitgliederversammlung beim Vorstandsvorsitzenden gestellt werden.

Die Stimmkarte erhalten die Mitglieder bzw. Bevollmächtigten am Saaleingang zu Beginn der Veranstaltung.

Frankfurt-Höchst, im Oktober 2019

Höchster Sterbekasse VVaG

– Der Vorstand –

gez. Rings

gez. Reichert

ESCHBORN

Öffentliche Bekanntmachung Nr. 066/2019

Die 7. öffentliche Sitzung des Akteneinsichtsausschusses „Klärung der Verwaltungsvorgänge um den Kauf eines nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Feuerwehrfahrzeuges“ findet statt am

Donnerstag, 7. November 2019, 19.00 Uhr

im kleinen Sitzungssaal des Rathauses

Rathausplatz 36, 65760 Eschborn.

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Formalien
2. Beschluss Abschlussbericht

Eschborn, den 22.10.2019

gez.: Fritz W. Krüger

Ausschussvorsitzender

RMM | RheinMain.Media

Die ganze Welt in Ihrer Zeitung

Auskünfte und Beratung:
Telefon (069) 75 01-33 36 | www.rmm.de/kontakt

Grüne gegen Eingriff in Grünzüge

Der Rückhalt in der Region für den geplanten Frankfurter Stadtteil schwindet, doch die Stadt setzt auf weitere Gespräche

VON CLAUDIUS-JÜRGEN GÖPFERT

In der politischen Auseinandersetzung um den geplanten neuen Stadtteil im Norden Frankfurts verliert die Stadt Frankfurt weiter an Rückhalt. Jetzt positionierten sich die Grünen in der Regionalversammlung. Sie wollen Planungsmaßnahmen nur zustimmen, wenn regionale Grünzüge durch nicht verkleinert werden. Diese müssten „dauerhaft gesichert“ werden. Damit würde der neue Stadtteil, den die Stadt Frankfurt beidseits der Autobahn A5 plant, durchfallen: Er greift in regionale Grünzüge ein.

Die 18-köpfige Fraktion in der Regionalversammlung fordert, dass der Mindestabstand von Hochspannungsleitungen zu einer Bebauung bei 400 Metern bleiben müsse. Auch das spricht gegen den neuen Stadtteil, der von Stromleitungen durchzogen wäre. Die Grünen wollen klimarelevante Flächen erhalten und sogar vergrößern – auch das würde mit dem neuen Stadtteil nicht gelingen.

Praktisch zeitgleich legt die CDU-Fraktion in der Regionalen Planungsversammlung ihren Antrag gegen das Milliardenprojekt vor. Am 13. Dezember soll die 99-köpfige Regionalversammlung in Frankfurt beschließen, dass zwei Vorhaben nicht in das neue Planungskonzept der Region aufgenommen werden. Zum einen ist es der neue Stadtteil für 30 000 Menschen beidseits der Autobahn A5, für den die Stadt Frankfurt kämpft. Zentrales CDU-Argument ist die Beeinträchtigung der regionalen Grünzüge und der „Vorrang“ für die Landwirtschaft.

Zum Zweiten wird das neue Wohngebiet Sulzbach-Städ am Main-Taunus-Zentrum (MTZ) nur

in die Entwicklungsstufe zwei aufgenommen. Dieser Stadtteil war vom Direktor des Regionalverbandes, Thomas Horn (CDU), selbst vorgeschlagen worden. Seine eigene Fraktion urteilt aber, dass die Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln noch nicht gegeben sei – deshalb wird dieses Wohngebiet nur als Vorrat eingestuft.

Zur gleichen Zeit gerät die Fraktion der Grünen in der Regionalversammlung unter Druck.

Denn die CDU will mit den Stimmen von Grünen, FDP und AfD ihren Antrag am 13. Dezember in der Regionalversammlung durchbringen. Aber können die Grünen tatsächlich mit der AfD stimmen? Es gibt bereits Beschwerden.

„Wir sind noch nicht so weit, dass wir über konkrete Flächen abstimmen“, sagt Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Christian Vogt der FR. Die Meinungsbildung in der Fraktion der Grünen über den

Antrag der CDU sei noch nicht abgeschlossen. Man könne aber „die AfD nicht davon abhalten, dass wir in derselben Sachlage sind“.

All diesen Widersprüchen zum Trotz gibt Frankfurts Planungsdezernent Mike Josef (SPD) den Kampf um den geplanten Stadtteil noch nicht auf. Sein Sprecher Mark Gellert kündigt „weitere Gespräche“ mit den Vertretern von Städten und Gemeinden des

Umlandes an. „Aus unserer Sicht ist die Messe noch nicht gelesen“, sagt Gellert.

Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hat Einladungen an Bürgermeister und Landräte der Region verschickt. Er will sie zu einem Gipfeltreffen Mitte Dezember in Frankfurt versammeln. Die Frage ist, ob das noch vor der Sitzung des Regionalparlaments am 13. Dezember gelingt.

DAS KONZEPT

CDU und SPD, die im Regionalverband in einer Kooperation zusammenwirken, haben 14 Leitlinien für die weitere Entwicklung der Region beschlossen.

Der einzige Dissens ist der neue Stadtteil, den Frankfurt beidseits der Autobahn A5 plant. Die CDU lehnt ihn ab, die SPD fordert weitere Gutachten.

In 14 Punkten sind sich CDU und SPD einig. Dazu zählt, dass Eingriffe in regionale Grünzüge im Umfang von mehr als fünf Hektar „grundsätzlich ausgeschlossen“ sind.

Zugleich lässt die Kooperation aber auch „Ausnahmen“ zu, wenn ein Ausgleich an anderer Stelle im gleichen Naturraum nachgewiesen wird.

Eingriffe in Kaltluft- und Frischluftentstehungsgebiete schließen CDU und SPD grundsätzlich aus. Hier gibt es keine Ausnahmen.

Auch Bannwald, Erholungs- und Schutzwald, gesetzlich geschützte Biotope, Wasserschutzgebiete und die Umgebung von Höchstspannungsleitungen dürfen demnach nicht bebaut werden. jg



Vorerst können Herr und Hund weiter auf den Feldern bei Steinbach spazieren gehen.

MONIKA MÜLLER

GASTBEITRAG

Stadtplanung am Scheideweg

Frankfurts Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) zum Kampf um den neuen Stadtteil im Norden Frankfurts

Frankfurt auf dem Weg zur Millionenstadt? Die Einwohnerzahl wächst kontinuierlich, auch die Arbeitsplätze, die Pendlerzahlen, die Studierenden, die Übernachtungsgäste. Alles drängt in eine Stadt, die flächenmäßig gerade mal so groß ist wie Erfurt.

Also bauen, bauen, bauen? Frankfurt hat in einem mustergültigen integrierten Planungsprozess untersucht, wo noch Potenzial für neue Siedlungen wäre. Die Bebauung des Pfingstbergs oder der „Grüne-Soße-Felder“ in Oberrad verbietet sich aus klimatischen Gründen. Doch auch die Nachverdichtung stößt schnell an Grenzen. Einzelne Beispiele wie

die Aufstockung der Platensiedlung funktionieren zwar, aber angesichts einer immer heißer werdenden Innenstadt brauchen wir gerade dort grüne Oasen.

Frankfurt kann auch nicht alle Lasten der Stadtentwicklung an die Region delegieren. Auch die Region braucht ein Gleichgewicht von Wohnungsbau, Wirtschaftsentwicklung, Infrastruktur und Grünplanung. Etwas weniger großstädtische Arroganz in Frankfurt und etwas weniger Kirchturmdenken in der Region täte beiden Seiten gut, um zu einem Konsens über unsere gemeinsame Zukunft zu kommen.

Können wir uns überhaupt noch eine flächenmäßig bedeutsame Versiegelung in unseren Städten leisten, die schon jetzt so überhitzt sind, dass wir eigentlich gegensteuern müssen? Was hilft ein neues Wohngebiet, wenn wir den Kampf gegen die Klimaerwärmung verlieren? Wir – Stadt und Land – müssen einige unbequeme Wahrheiten zur Kenntnis nehmen: 1. Wir lösen den Interessenkonflikt um die seltenen Flächen nicht allein auf Frankfurter Gebiet.

2. Das Umland kann andererseits nicht auf Dauer allein auf lokaler Identität beharren und gleichzeitig von der Infrastruktur und den Arbeitsplätzen der Großstadt profitieren.

3. Ohne einen Paradigmenwechsel in der Umwelt- und Verkehrspolitik lösen wir kein einziges Problem wirklich nachhaltig. Lokale Identität gerne, aber nicht, indem man sich in einer informellen Metropolregion nur die Sonderangebote aus den Regalen des politischen Selbstbedienstetens herausholt. Die Umlandgemeinden delegieren Arbeit und Mobilität an die Großstadt und die Großstadt delegiert das Schlafen in die Region – so kann es nicht funktionieren!

Wenn sich in der regionalen Planungsversammlung tatsächlich keine Mehrheit für den neuen Stadtteil an der A5 finden sollte – und es sieht ja aktuell so aus – was wären dann die Alternativen? Wenn es ein Zauberwort gibt, dann eben nicht Bauen um jeden Preis und Verdichten, egal wo – das Zauberwort heißt Region! Regionalpolitik muss ganz oben auf

der Agenda stehen. Und insbesondere eine Regionalpolitik, die vom Grün her gedacht wird.

Beispiel Verkehr: Indem wir durch neue Siedlungen mehr Pendlerverkehr in die Stadt ziehen, legen wir uns planerisch auf Dauer selbst lahm. Frankfurt muss dem Beispiel anderer europäischer Metropolen folgen; die Innenstadt wird autofrei.

Beispiel Grünplanung: Rhein-Main hat nicht wie andere Metropolen DEN Central Park oder DEN Hyde Park, sondern ein Netz, teilweise auch Patchwork aus ganz unterschiedlichen und unterschiedlich genutzten Grünflächen. Statt der „Strips“, wie wir sie aus den USA oder inzwischen auch Frankreich kennen, hat bei uns fast jede Stadt noch einen grünen Ring, auch einen Bezug zu Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau oder Gärtnerei. Diese Grünflächen sorgen für Abkühlung und frische Luft an heißen Tagen, sie nehmen Regenwasser auf und beugen damit Überschwemmungen an anderer Stelle vor. Sie sind Heimat von seltenen Tieren und Pflanzen.

Doch ihre Kraft erhalten alle diese Flächen erst mit einer übergreifenden Planung, die eine sinnvolle Verbindung untereinander schafft. Der Frankfurter Grüngürtel würde ähzen, umgeben von dichter, versiegelter Bebauung. Ihn durch landschaftliche grüne Strahlen mit der Region zu verbinden, ist der richtige Ansatz.

Politik darf dabei nicht die Getriebene einer Entwicklung sein, sondern muss – Stadt und Region auf Augenhöhe! – steuern und gestalten. Durch eine internationale Bauausstellung für das Rhein-Main-Gebiet, die unter der Überschrift „Regionale Entwicklung in Zeiten des Klimawandels“ durchgeführt würde, könnten viele Fragen beantwortet werden.



Rosemarie Heilig (Grüne) ist Umweltdezernentin in Frankfurt

Würgemale am Hals

Hinweise auf weiteres Opfer in Sekte

VON GREGOR HASCHNIK

Birgit P. bleibt aufrecht und lässt sich nicht beirren. Doch als zwei Passagen vorgelesen werden, in denen ihr Sohn dämonisiert und sein Tod angekündigt wird, kann sie nicht mehr weint und schluchzt. Und braucht eine Weile, um sich zu fassen. Sektenchefin Sylvia D. fokussiert die Aussteigerin währenddessen weiter, wendet den Blick nicht ab.

Ob es sich bei den Texten um D.s Tagebucheinträge handelt oder von ihrem inzwischen verstorbenen Mann Walter aufgeschriebene Gottesbotschaften, und wann sie verfasst wurden, ist noch nicht eindeutig geklärt. Dass Gott Johannes fast „geholt“ hätte, weil er böse sei, ähnlich wie Jan H., bei dem er den Lebensfaden durchgeschnitten habe, heißt es da. Und: „Liebe Sylvia, dein Alterchen (so wurde Gott genannt, Anm. d. Red.) geht mit Johannes den direkten Weg.“

Hetzkampagnen-Vorwurf zurückgewiesen

Am siebten Verhandlungstag im Prozess gegen die Sektenchefin Sylvia D. am Landgericht Hanau hat erneut die 1990 ausgestiegene Birgit P. ausgesagt. Zum Auftakt hatte Sylvia D. über ihre Anwälte bestritten, Jan H. am 17. August 1988 ermordet zu haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihr vor, sie habe den Vierjährigen in einem Leinensack erstickt lassen, weil sie den Jungen für die Reinkarnation Hitlers hielt.

Wie die Mutter von Jan H. gab auch Birgit P. ihren Sohn in die Obhut der D.s. Auch er sei in einen Sack eingebunden worden, zumindest bis zum Hals. Offenbar deshalb habe er einmal Strangulationsmale am Hals gehabt und sei ins Krankenhaus eingeliefert worden. Der dazu passende Eintrag in den Unterlagen der Sekte ist auf den 17. September 1988 datiert. P. aber geht davon aus, dass der Vorfall früher war und die Notizen womöglich absichtlich anders eingeordnet wurden. Auch

dieser Punkt muss noch geklärt werden. Die 61-Jährige sagte, Sylvia D. habe nach dem Zwischenfall kein Wort des Bedauerns geäußert, im Gegenteil. Später hieß es in der Gruppe demnach, „der Alte“ habe Hand an Johannes gelegt. Laut Birgit P. mündeten die Träume und Botschaften in konkrete Anweisungen der Anführerin. Die Aussteigerin beschrieb, wie Jan H. mit Schlägen und Schimpftiraden von D. erniedrigt worden sei: „Es ist unerträglich, wenn sie loslegt.“ Einen Eindruck davon gab ein 2016 abgehörtes und mitgeschnittenes Gespräch zwischen Walter und Sylvia D., in dem sie ihn als gemeinen Hund beschimpft und droht, sie würde ihn packen. Jan „hat keine Freude im Leben gehabt“, am Ende sei er abgemagert und regelrecht „vergeistert“ gewesen, erinnert sich P.

Die 61-Jährige wurde von der Kammer und Oberstaatsanwalt Dominik Mies intensiv vernommen. Den von Anhängern Sylvia D.s geäußerten Vorwurf, sie beteilige sich an einer Hetzkampagne, mit der die Medienfirma der D.s zerstört werden solle, wies P. zurück. Es gehe auch nicht um Rache, sondern darum, dass „Gerechtigkeit geschieht“ und andere „gewarnt werden“. Sie sei nicht gleich nach ihrem Ausstieg an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie damals eine neue Familie gründete. Diese „wollte ich nicht gefährden“. Zudem wäre ihrer Ansicht nach wohl alles im Keim erstickt worden, weil bis dahin nur wenig ausgestiegene waren und aufklären konnten. Ihren Sohn habe sie nicht früher geschützt, weil sie nicht in der Lage dazu gewesen sei und Zweifel von D. „sofort abgeschmettert wurden“. Daher sei sie auch im Fall von Jan H. nicht eingeschritten. Sylvia D. habe sie ständig erniedrigt und ihr Selbstvertrauen zerstört.

D. habe extreme Sparsamkeit gefordert; sie hätten oft Schimmel aus alten Lebensmitteln schneiden und diese dann essen müssen. „Heute kann ich Schimmelschmack im Mund nicht eine Sekunde lang ertragen.“

Kritik am Deckel

Linke hält Einhausung der A661 für zu kurz

Die Linke im Frankfurter Römer bemängelt, dass die geplante ein Kilometer lange Einhausung der A661 die östlichen Stadtteile nicht vom Autolärm entlaste. „Weder das Ostend noch der Riederswald oder Enkheim werden von der kurzen Einhausungsvariante profitieren. Tausende Menschen in den östlichen Stadtteilen werden weiterhin ihr Leben im Dauerlärm zubringen müssen“, sagte Eyup Yilmaz, der planungspolitische Sprecher der Linken.

Am Mittwoch hatten der hessische Verkehrsminister Tarek Al-

Wazir (Grüne) und der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef (SPD) vereinbart, die Einhausung zwischen Friedberger und Seckbacher Landstraße voranzutreiben. Yilmaz wiederum dankte den Bürgerinitiativen, welche seit Jahrzehnten für eine umfangreiche Einhausung kämpften. Die Verwaltungsvereinbarung von Stadt und Land sei „ein Kuhhandel“, der den sechsspürigen Ausbau der A661 zum Ziel habe. Mehr Autobahn bedeute immer auch mehr Verkehr. Das sei in Zeiten des Klimawandels widersinnig, lie-

AfD-Treffen gestört

Wiesbadener Amtsgericht verurteilt vier Aktivisten zu Geldstrafen

VON MADELEINE RECKMANN

Die Beschuldigten haben keine Pfeifen und keine Tröten benutzt, keine Gewalt angewandt und auch nicht die Stromleitung gekappt – dennoch haben sie nach Ansicht des Wiesbadener Amtsgerichts eine genehmigte Veranstaltung grob gestört und gegen das Versammlungsrecht verstoßen.

Jetzt verurteilte Richter Fabian Schicke vier Personen zu kleineren Geldstrafen, weil sie mit anderen unerkannt gebliebenen Menschen am 4. Januar 2018 einen Themenabend der AfD im Hilde-Müller-Haus im Rheingauviertel so störten, dass er abgebrochen werden musste. Sie taten dies, indem kurz nach Beginn der Veranstaltung zunächst nur eine Frau und später mehrere Menschen Texte von Zetteln ablasen, lautstark gemeinschaftlich Parolen skandierten wie „Nazischweine raus aus dem Viertel!“, „Kein Mensch ist illegal!“ und „Nationalismus raus aus den Köpfen“, klatschten und johlten. Die drei Männer und die Frau, die jetzt verurteilt wurden, waren als Ein-

zige aus der Gruppe auf einem Polizeivideo erkannt worden. Weder Veranstaltungsleiter Eckhard Müller, Fraktionsvorsitzender der AfD Wiesbaden, noch die Polizei brachten die Protestierer, die etwa die Hälfte der rund 100 Personen im Saal ausmachten, zur Ruhe. Um keine Verletzten zu riskieren, entschied sich die Polizei, die Störer nicht abzuführen. Müller verlangte schließlich den Abbruch der Veranstaltung.

Für den Richter ist eine gemeinschaftliche verabredete Aktion und somit die Absicht, die Veranstaltung nicht stattfinden zu lassen, erwiesen. Man habe zwar das Recht, seine Meinung kundzutun. Bei einer groben Störung einer Versammlung – auch ohne Hilfsmittel und Gewalt – könne man sich aber nicht auf die eigene Meinungsfreiheit berufen. „Wir dürfen uns nicht alle gegenseitig niederbrüllen“, sagte der Richter, der durchblicken ließ, dass die AfD seiner Meinung nach Auffassungen vertritt, gegen die deutlich vorzugehen sei und er bürgerschaftliches Engagement gegen beunruhigende ge-

sellschaftliche Tendenzen begrüße. „Aber wir müssen Regeln einhalten, auch wegen der Gleichheit vor dem Gesetz.“ Man könne sich auch den umgekehrten Fall vorstellen: Rechte verhielten eine Veranstaltung des Wiesbadener Bündnisses gegen rechts.

Die Verteidiger hatten zuvor angezweifelt, dass die Beschuldigten aufgrund eines Videos identifiziert werden könnten und ob die dort sichtbare Bewegung des Mundes überhaupt eine Straftat sei. Zudem seien die Störer nicht aufgefordert worden, den Saal zu verlassen. Sie beriefen sich darauf, dass der Meinungs widerspruch von einer Partei wie der AfD, die mit rechtsradikalen Äußerungen provoziere, hinzunehmen sei und ihre Mandaten freigesprochen werden müssten. Eine Verurteilung kriminalisiere das Engagement gegen die AfD.

Zwei der Verurteilten sagten dem Gericht, dass sie den Widerstand gegen die AfD auch weiterhin als ihre Pflicht betrachteten. Einige der zahlreichen Besucher protestierten laut gegen das Urteil, ein Zuhörer musste den Saal verlassen.

hr3 Festival

Live in der Hessentagsarena Bad Vilbel:
THE BOSSHOSS, REVOLVERHELD u.v.m.

5. UND 6. JUNI 2020 – TICKETS AB SOFORT

KARTENBÜRO
BAD VILBEL
Tel. 06101 55 94 55
tickets@badvilbel.de

Frankfurt Ticket
RheinMain
www.frankfurt-ticket.de

BAD VILBEL
60. HESSENTAG
5. bis 14.6.2020

Klimaprotest gegen Siemens

„Fridays for Future“ demonstrieren und kündigen mehr Aktionen an

VON THOMAS STILLBAUER

Keine Änderung im bekanntesten „Fridays-for-Future“-Text: „Wir sind hier, wir sind laut“, schallt es am Montagabend wie von den Demos gewohnt, aber dann neu: „Weil Siemens unsere Zukunft klaut.“ Klarer Fall: Die Protestaktion am unüblichen Wochentag hat diesmal einen Hauptadressaten: Siemens-Boss Joe Kaeser. Am Wochenende hatte er die Entscheidung bekanntgegeben, trotz weltweiter Proteste nicht aus dem umstrittenen Bauprojekt eines riesigen Kohlebergwerks im von Waldbränden verheerten Australien auszustiegen. Nun, diese Haltung wird in Frankfurt deutlich, soll er die Quittung dafür bekommen. „Für 0,2 Prozent des Jahresumsatzes macht Siemens unsere Zukunft kaputt“, ruft Helena Marschall den mehreren Hundert Demonstrierenden zu und erntet großen Applaus. „Aber wir lassen uns nicht unterkriegen!“

In kürzester Zeit hat die Jugendklimabewegung ihre Kampagne gegen die Siemens-Entscheidung auf die Beine gebracht. Die Idee zur Spontandemo am Zoo sei „nachts um drei“ auf gekommen; keine 14 Stunden später steht eine bunte Gemeinschaft auf der Straße, trommelt Rhythmen und feiert ihre eigene Tatkraft. Auch auf dem Luisenplatz in Darmstadt versammelten sich am Montagabend laut Mitinitiator Silas Bug rund hundert Demonstranten zur Spontankundgebung.



Fridays for Future demonstriert am Zoo gegen Siemens.

MONIKA MÜLLER

43 Demos habe es bereits am Freitag in Deutschland gegeben, zählt Marschall auf, 80 000 Mails seien an den Siemens-Vorstand gegangen. Das habe Eindruck hinterlassen, auch wenn der Konzern letztlich gegen das Klima und für den Profit entschieden habe. Das Angebot an Fridays-for-Future-Ikone Luisa Neubauer, einen Platz im Sie-

mens-Aufsichtsrat zu übernehmen, spreche Bände. Neubauer lehnte ab und kritisierte Siemens scharf.

Der Zoo als Demonstrationsstandort weckt bei manchen Teilnehmern Gedanken an die Koalas, die in Australien unter den Buschbränden leiden. Das sei aber nicht der Grund für die Ortswahl gewesen, sagt Alena vom Organisati-

onsteam, sondern die zentrale Lage. „2020 wird wieder riesengroß“, kündigt sie gutgelaunt eine weitere Protestwelle an. „Wir werden nicht aufhören, für den Klimaschutz zu kämpfen“, sagt sie, „und wir werden auch nicht aufgeben.“

„Wir streiken, bis ihr handelt“, steht auf den Fahnen. „Man kann sich auf kapitalistische Unterneh-

men nicht verlassen“, sagt der 20-jährige Student Lauri. „Die sind nur auf ihre Profite aus. Aber wir können sie warnen: Wer so handelt, wird Protest bekommen.“ – „Sie nehmen uns wahr, das zeigt ja das Angebot an Luisa Neubauer“, sagt Matthias (19), „und wenn genug Leute auf die Straße gehen, können wir auch etwas erreichen.“ mit jjo

AfD lässt sich mit Klage Zeit

Streit über antirassistisches Schild am Römer

VON HANNING VOIGTS

Die von der Frankfurter AfD-Fraktion angekündigte Klage gegen die Stadt Frankfurt wegen eines antirassistischen Schildes am Haupteingang zum Römer ist noch nicht eingereicht worden. Wie Rainer Rahn, der Fraktionsvorsitzende der AfD, der Frankfurter Rundschau sagte, werde die Fraktion bei ihrer Sitzung am heutigen Mittwoch zunächst über ihr weiteres Vorgehen beraten. „Wir fangen ja diese Woche erst wieder an“, sagte Rahn. Man sehe sich in der Sache auch nicht unter Zeitdruck.

Anfang Dezember hatte die AfD die Stadt Frankfurt mit einer anwaltlichen Abmahnung aufgefordert, ein Schild mit der Aufschrift „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ vom Eingang des Römers zu entfernen. Die Fraktion argumentiert, dass die Stadt durch das Anbringen des Schildes ihre Pflicht zur politischen Neutralität verletze.

Hinter dem Schild steht die von der IG Metall unterstützte Frankfurter Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“, die als

gemeinnützige GmbH organisiert ist und sich seit 2006 gegen Diskriminierung vor allem in Fußballstadien einsetzt.

Da das Schild an prominenter Stelle im Rathaus hänge und auch die Internetadresse der Initiative nenne, mache die Stadt sich deren Inhalte zu eigen, argumentiert die AfD. Die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ spricht sich unter anderem deutlich gegen die AfD aus.

Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) hatte sich öffentlich geweigert, das Schild abzuhängen und eine von der AfD geforderte Unterlassungserklärung zu unterzeichnen. Der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus sei „Teil unserer Stadtidentität“, hatte Feldmann erklärt. Er sei bereit, den Sachverhalt vor Gericht klären zu lassen.

Der Streit um das Schild hatte im Dezember bundesweit für Aufsehen gesorgt. Der Verein Campact, der politische Kampagnen über das Internet organisiert, hat dem Schild gleichende Aufkleber und Plakate tausendfach im ganzen Bundesgebiet an seine Anhänger verteilt.

Eigener Sohn wirft Sektenchefin Gewalt vor

Im Mordprozess gegen Sylvia D. vor dem Hanauer Landgericht berichtet ihr Sohn von Psychoterror und Prügeln

VON GREGOR HASCHNIK

Manchmal sei Sylvia D. eine liebevolle Mutterfigur gewesen, sagt Manuel D. Doch die Stimmung konnte schnell umschlagen. Wie auf einem Minenfeld habe er sich gefühlt. Man habe nie gewusst, wann es explodiert.

Der heute 41-Jährige berichtet von Prügelorgien seiner Mutter, von Psychoterror und Bespitzelung. Meistens seien seine angeblich „von den Dunklen besessenen“ Adoptivgeschwister die Opfer gewesen, mitunter aber auch sein Bruder und er selbst, wenn sie als „Thronfolger“ die Anforderungen nicht gerecht wurden, etwa indem die beiden D.s Lehren hinterfragten oder etwas kaputtging.

Im Mordprozess gegen Sektenführerin Sylvia D. am Landgericht hat am Montag ihr jüngerer leiblicher Sohn ausgesagt und die 72-Jährige belastet. Ihr System fuße darauf, dass sie sich für „den einzig wahren Menschen“ halte, der Träume deuten und mit Gott

kommunizieren könne. Die Erziehung beschreibt er als „brutal in jeder Hinsicht“.

Die Staatsanwaltschaft wirft Sylvia D. vor, sie habe 1988 Jan H., den Sohn von Anhängern, in einem Sack erstickt lassen, weil sie den Vierjährigen als Wiedergeburt Hitlers betrachtete. Manuel D. bestätigte, dass der Junge missandelt worden sei. Sylvia D. habe ihn angeschrien, ihm Essen in den Mund gestopft, er habe in einem engen, oben zusammengebundenen Sack schlafen müssen.

Angeklagte schweigt

Wer der Sektenführerin nicht blind folgte, dem habe sie schwere Krankheiten angedroht. Nach Jans Tod hieß es demnach, Gott habe ihn „abräumen“ müssen, weil er böse sei – eine Warnung an die anderen.

D., die schweigt und ein paar Mal erbost auf ihren Sohn starrte, ließ den Mordvorwurf durch ihre Verteidiger bestreiten. Ihre Mandantin sei Opfer einer Hetzkampagne mit dem Ziel, die Produkti-

onsfirma der D.s zu ruinieren. Manuel D., der auch als Art Direktor tätig ist, weist dies zurück. Laut D. haben seine Kunden nichts mit Aeon zu tun und sitzen vor allem in der Schweiz. Es sei darum gegangen, aufzuklären und zu verhindern, dass junge Leute über das Unternehmen in die Gruppe geraten. Fassungslos fragt Manuel D.: Wie könne die Firma nach den Aussagen von Jans Eltern auf ihrer Webseite noch schreiben, es handle sich um eine Hetzkampagne? Die Behauptung könne seinen Ruf schädigen, so Manuel D., und lasse sich nicht halten.

Aus den Angaben der H.s. die für das Produktionshaus arbeiten, und Unterlagen ging unter anderem hervor, dass die Anhänger sich von Sylvia D. ausbeuten ließen und Jan H. zum Schlafen eingeschürt wurde. Claudia H. hatte sexuelle „Energiezeiten“ mit D.s Mann, um Gott „zu stärken“. Interne Schreiben belegten, dass die Firma als göttlich angesehen wird und mit der Gruppe verwoben ist.

Foodwatch fordert Auskunftsrecht

450 Bürger-Anträge wegen Hygiene-Kontrolle von der Stadt Frankfurt abgelehnt

VON KATHRIN ROSENDORFF

Die Verbraucherorganisation Foodwatch erhebt schwere Vorwürfe gegen die Stadt: 450 Anträge auf Auskunft zu Hygienekontrollen wurden seit Sommer 2019 abgelehnt: „Als eine von wenigen Behörden in Deutschland boykottiert die Stadt Frankfurt das Online-Portal ‚Topf Secret‘.“

Seit genau einem Jahr können Bürger mit wenigen Klicks Hygieneberichte von Restaurants, Bäckereien und anderen Lebensmittelbetrieben bei den Behörden anfragen – und die Antworten dann auf dem Portal hochladen und veröffentlichen. Initiiert wurde das Projekt von Foodwatch und der Transparenz-Initiative FragenStaat. Derzeit werde in Deutschland nur ein Bruchteil der Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelkontrollen durch die Behörden veröffentlicht, kritisiert Foodwatch.

Bundesweit wurden laut Foodwatch über „Topf Secret“ bislang mehr als 40 000 Anträge gestellt, allein in Frankfurt waren es 650. „Die ersten Anträge haben wir beantwortet, aber ab Sommer explodierten die Anfragen. Das konnten wir zeitlich nicht leisten. Es ist ja nicht einfach eine Akte rausziehen und diese kopieren“, sagt Ralph Rohr, Sprecher des Ordnungsamts.

In der Gastro-Branche selbst gab es immer wieder kritische Stimmen. „Die Macher von ‚Topf Secret‘ müssen respektieren, dass durch Veröffentlichungen der Kontrollberichte unternehmerische Existenzen gefährdet werden können“, gab der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) gegenüber dem „Tagesspiegel“ im Mai 2019 zu bedenken.

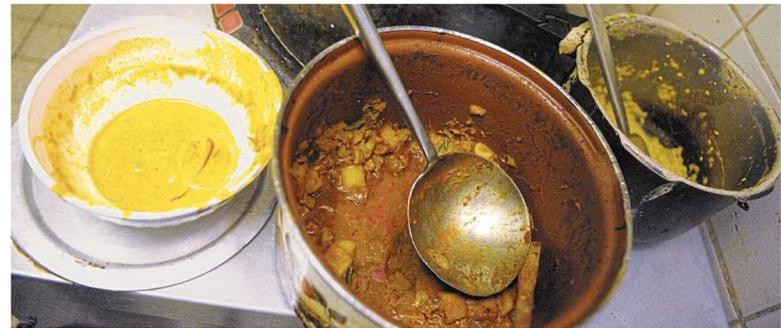
200 Anträge wurden in Frankfurt bearbeitet oder seien noch in Bearbeitung. Durch den „erheblichen Zeitaufwand“, der durch die Anträge entstünde, werde die Erledigung der „originären Pflichten“ beeinträchtigt“, schrieb das Ordnungsamt Antragstellern. Damit sind die Hygienekontrollen gemeint. Die Verbraucherorganisation Foodwatch bezeichnet die Ablehnungen als rechtswidrig.

„Die Beantwortung von Bürgeranfragen gehöre zu den originären Aufgaben einer Behörde.“

HYGIENEVERSTÖSSE

Bundesweit wurden über „Topf Secret“ bislang mehr als 40 000 Anträge zu Hygienekontrollen von Bäckereien bis Supermärkten gestellt, in Hessen waren es 3800. Laut Verbraucherinformationsgesetz müssen Behörden Bürgern Auskunft erteilen. Derzeit laufen laut Foodwatch bundesweit Hunderte gerichtliche Verfahren, ob Bürger die Ergebnisse über „Topf Secret“ erhalten dürfen. Der VGH Baden-Württemberg hat zugunsten der Verbraucher entschieden. www.topf-secret.foodwatch.de

In Hessen werden seit April 2019 Meldungen zu gravierenden Hygienemängeln im Internet auf der Webseite www.verbraucherfenster.hessen.de/ Hygienemaengelplattform veröffentlicht. rose



Es ist nicht immer appetitlich, was man bei Kontrollen in Restaurants findet.

ANDREAS ARNOLD

Die Stadt München beantwortet Anfragen nach nur einem Tag. Und da gab es 1255 Anfragen im Jahr 2019“, sagt Dario Sarmadi, Sprecher von Foodwatch. Es ginge ihnen aber nicht um Schnelligkeit der Bearbeitung, sondern darum, dass die Anfragen überhaupt be-

antwortet würden. Das sei besser und bürgerfreundlicher, als sie kategorisch abzulehnen. Die Stadt Offenbach agiere hingegen vorbildlich. Dort seien zwar nur 62 Anträge eingegangen, die Mehrheit sei aber sehr detailliert beantwortet worden.

In einem Muster-Fall legte Foodwatch selbst Widerspruch gegen eine Ablehnung im Fall des Frankfurter Sternrestaurants La Fleur ein. Diesem hat die Stadt „in vollem Umfang“ stattgegeben. Damit revidiert laut Foodwatch die Stadt ihre negative Entscheidung.

Foodwatch soll nun doch noch eine Antwort bekommen. Was aber passiert mit den 450 abgelehnten Fällen?

„Oberbürgermeister Feldmann muss seine Behörde anweisen, auch die anderen rechtswidrigen Ablehnungen zurückzunehmen“, sagt Sarmadi. Der Personalmangel dürfe nicht zu Lasten der Bürger gehen, die von ihren gesetzlichen Informationsrechten Gebrauch machten. Er betont, dass ein Widerspruch auch immer ein finanzielles Risiko berge. „Wenn der Widerspruch erfolglos ist, können Kosten bis zu 5000 Euro auf den Antragsteller zukommen.“

Ordnungsamts-Sprecher Ralph Rohr betont am Montag: „Die Widerspruchsfristen der 450 Anträge sind abgelaufen und werden jetzt nicht mehr bearbeitet.“ Wie wollen das Amt aber zukünftig mit den Bürger-Anfragen umgehen? „Wir werden jetzt prüfen ob wir vielleicht den Prozess der Bearbeitung verschlanken können.“

HIT RADIO FFH

WÜNSCH DIR WAS

DANN KRIEGSTE DAS!

JETZT MITMACHEN AUF FFH.de

Hit Radio

FFH

UKW | DAB+ | FFH.de

Abgehörte Telefonate belasten Sektenchefin

HANAU Weitere Indizien im Mordprozess

VON GREGOR HASCHNIK

Vor dem Landgericht Hanau schweigt Sylvia D. bislang. Die angeklagte Sektenführerin schreibt ständig mit, fixiert Belastungszeugen mit ihrem Blick, spricht aber nur zu ihren Anwälten. Wie sie redet, offenbaren abgehörte Telefonate, die am Dienstag abgespielt wurden. Manchmal ist sie recht ruhig, fast sanft, doch meistens gibt die 72-Jährige Schimpftiraden von sich, macht andere fertig. Wörter wie „Drecksau“ und „Hure“ fallen in den Staccato-Monologen. Die Leute am anderen Ende der Leitung kommen kaum zu Wort. Als sie einen „arroganten Scheißkerl“ erwähnt, dreht sich D. zu ihrem im Zeugenstuhl sitzenden Sohn Manuel D., schaut ihn mit Hass in den Augen an und sagt: „Das bist du.“ Der vorsitzende Richter Peter Graßmück ermahnt sie daraufhin, nicht auf den Zeugen einzuzureden. Das stehe ihr nicht zu.

Am zwölften Verhandlungstag im Mordprozess gegen Sylvia D. war erneut ihr jüngerer leiblicher Sohn geladen. Seine Aussagen belasten die Verdächtigen, ebenso wie einige Aufnahmen aus der Telefonüberwachung. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass die Frau, die vorgibt, mit Gott zu kommunizieren, am 17. August 1988 den vierjährigen Jan H. ermordete. Sie habe den Sohn zweier Anhänger in einem Leinensack erstickt lassen, weil sie ihn als Wiedergeburt Hitlers betrachtete.

Die Verdächtigen, für die weiterhin die Unschuldsumutung gilt, ließ den Vorwurf über ihre Verteidiger zurückweisen und tut es auch in abgehörten Gesprächen: „Drecksäcke“ wollten ihr einen Mord anhängen, es sei eine Sauerlei, wie alles „aufgebauscht“ werde. Schließlich habe sie zum Beispiel „Mach weiter“ zu ihrem mittlerweile verstorbenen Ehemann Walter gesagt, als dieser versuchte, den leblosen Jan H. zu reanimieren.

Öffentliche Bekanntmachung des Main-Kinzig-Kreises

Gemäß § 33 ff. des Hess. Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 58 Kommunalwahlordnung (KWO) gebe ich hiermit bekannt:

Der nachstehende für den Kreistag des Main-Kinzig-Kreises am 06.03.2016 gewählte Bewerber des Wahlvorschlages

Alternative für Deutschland (AfD)

Ifd. Nr. 1012 **Hans-Jürgen Kondrätz**, In der Mühlweide 7 c, 61130 Nidderau hat sein Mandat als Kreistagabgeordneter mit Wirkung zum 31.01.2020 durch schriftliche Erklärung niedergelegt.

Gemäß § 34 Abs. 3 KWG stelle ich das Ausscheiden durch Verzicht gem. § 33 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 KWG fest.

Weiterhin stelle ich fest, dass gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 3 KWG an die Stelle des ausgeschiedenen Kreistagsabgeordneten der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages

Alternative für Deutschland (AfD)

Ifd. Nr. 1018 **Gert Wolf**, Bennweg 6, 63619 Bad Orb nachrückte.

Gegen diese Feststellungen kann gem. § 34 Abs. 4 KWG jede/jeder Wahlberechtigte des Wahlkreises binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach dieser Bekanntmachung Einspruch erheben.

Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Wahlleiter des Main-Kinzig-Kreises, Barbarossastr. 24, 63571 Gelnhausen, einzureichen und innerhalb der Einspruchsfrist im Einzelnen zu begründen; nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Einspruchsgründe nicht mehr geltend gemacht werden (§ 25 KWG Abs. 2).

Gelnhausen, den 03.02.2020

Der Wahlleiter für den Main-Kinzig-Kreis
Thorsten Stolz
Landrat

Stadtratswahl geplatzt

MAINTAL Wahlausschuss verweigert den erforderlichen Bericht

VON DETLEF SUNDERMANN

Eigentlich sollten die Stadtverordneten am Montagabend aus sechs Frauen und Männern den neuen Ersten Stadtrat wählen. Doch dazu kam es – vermutlich zur Überraschung der meisten Anwesenden – erst gar nicht. Stadtverordnetenvorsteher Karl-Heinz Kaiser (SPD) verkündete, dass der Wahlvorbereitungsausschuss keinen Abschlussbericht vorgelegt habe, somit die Wahl anfechtbar sei. Fraktionen fordern nun schnellstmöglich eine Sondersitzung des Parlaments, um die Wahl über die Bühne zu bringen.

„Ich möchte mal wissen, was im Wahlvorbereitungsausschuss los ist“, sagte SPD-Fraktionschef Sebastian Maier der FR. Vor drei Wochen habe das Gremium das Signal gegeben, der Bericht sei

fertig, und jetzt die Volte zurück. Das Hohngelächter im Publikum bei Kaisers Mitteilung bewertet er als verständliche Reaktion. Ärgerlich sei der Vorgang jedoch für die Kandidaten, die nun weiterhin unter Druck stünden, auch bei ihrem Arbeitgeber, der im Ungewissen bleibe, ob sein Mitarbeiter demnächst kündige, um Wahlbeamter zu werden.

So sieht das auch CDU-Fraktionschef Martin Fischer, der als Kandidat Betroffener ist. Der im September nicht wiedergewählte Amtsinhaber Ralf Sachtler (parteilos) müsse nun nach der Hessischen Gemeindeordnung in die Verlängerung gehen. Auch er habe seine berufliche Zukunft geplant, heißt es. Für Maier und Fischer steht auch fest, dass die Stadtratswahl nicht bis 9. März, an dem das Stadtparlament erneut zusammen-

kommt, warten kann. In der Stadt stünden wichtige Entscheidungen und im Sommer die Haushaltsplanung 2021 bevor. Die oder der Neue brauche Einarbeitungszeit und im März 2021 gebe es Kommunalwahlen.

Die Ausschussvorsitzende Jennifer Gutberlet (SPD) hält es für fraglich, die neun Gremiummitglieder kurzfristig wieder unter einen Hut zu bekommen. „Alle sind berufstätig“, sagt sie. Gutberlet erklärte nicht, warum der Bericht, der über die Wahlbarkeit der Bewerber und Wahlvorschläge des Gremiums Auskunft gibt, nicht vorgelegt wurde. Der Ausschuss tagte nichtöffentlich, sagte sie. Laut FR-Information soll es einen Hinweis an den Ausschuss geben haben, dass bei den Angaben einer Person Unstimmigkeiten bestünden.

„Nachhaltiges Leben ist nicht kompliziert“

FRIEDBERG Bloggerin leitet in einem Buch zum plastikfreien Leben an

Plastik, wohin man schaut. Verpackungen, Flaschen, Tüten. Doch immer mehr Menschen wollen weniger Plastik nutzen oder plastikfrei leben. Die Friedbergerin Svenja Preuster – bekannt als Youtuberin „Fräulein Öko“ – hat darüber ein Buch geschrieben. Darin erklärt sie, wie das ganze Leben plastikfrei werden kann.



Svenja Preuster ist „Fräulein Öko“.

ANDREAS ARNOLD

ZUR PERSON

Svenja Preuster ist überregional bekannt – jedoch nicht unter ihrem Realnamen. Für ihre Fans ist die Friedbergerin „Fräulein Öko“. Die Youtuberin berichtet jeden Sonntag über die unterschiedlichsten ökologischen Themen in einem neuen Video: Wie Müll gespart, der Kleiderschrank ausgemistet und geordnet oder eine Deo-creme selbst hergestellt werden kann.

IHR BUCH „Projekt plastikfrei – Dein Zero-Waste-Neustart: Zimmer für Zimmer in 6 Wochen“ ist im Frechverlag erschienen. Erhältlich ist der Ratgeber unter der ISBN 978-3-7724-4950-5. koe

Leben führen. Es gab immer wieder weitere Wünsche vom Verlag, zum Beispiel die Checklisten oder die Listen mit den Bezugsquellen der plastikfreien Alternativen. Die Ideen fand ich aber total gut, also hat es sich für mich nicht wie eine Vorgabe angefühlt.

Wie konntest du dich selbst in das Werk einbringen?

Ich wurde schon anfangs gefragt, was meine Ideen oder Vorstellungen

gen sind. Die Idee, dass im Buch verschiedene Zimmer imaginär betreten werden, kam von mir und wurde sofort angenommen. Das Buch sollte keine Fotos enthalten, sondern illustriert werden. Meine Ideen und Wünsche durfte ich direkt der Zeichnerin mitteilen, und sie wurden auch wunderbar umgesetzt.

Wie lange hast du am Buch geschrieben?

Richtig gestartet bin ich im August, Abgabe war dann Anfang Oktober.

Das ist sehr sportlich! Was war besonders schwierig?

Ich hatte anfangs ständig Angst, nicht genug schreiben zu können, um das Volumen zu füllen. Dabei ist das Thema so komplex, und letztlich ist mir beim Schreiben noch vieles eingefallen, das unbedingt noch rein musste in das Buch.

War der Titel deine Idee?

Der Zusatztitel war eine Idee von mir, um die Besonderheit des Buches hervorzuheben.

Was steckt hinter dem Aufbau, der Reise durch die Wohnung?

Es macht es einfacher, die Schritte und Tipps umzusetzen. Ich kam auf die Idee, da es die verschiedenen Lebensbereiche gut und nachvollziehbar unterteilt.

Was für ein Ziel verfolgst du mit dem Buch im Besonderen?

Ich möchte Menschen erreichen, die weniger Müll verursachen und allgemein nachhaltiger leben möchten, aber nicht wissen, wo sie anfangen sollen. Und ich will vermitteln, dass nachhaltiges Leben nicht kompliziert und teuer ist, sondern Spaß macht.

INTERVIEW: ANDREAS ARNOLD



Senay Öztürk leitet ein Pilotprojekt zur Sprachförderung an einer Offenbacher Innenstadt-Kita.

M. SCHICK

Mehr Deutsch in Kitas

OFFENBACH Ausbau der Sprachförderung geplant / Bedarf ist groß

VON FABIAN SCHEUERMANN

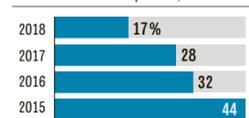
Ab Spätsommer sollen in allen Astädtischen Kindertagesstätten Offenbachs zusätzliche Sprachförderkurse angeboten werden. Das teilte Sozialdezernentin Sabine Groß (Grüne) auf Nachfrage der FR mit. Geplant ist, ein seit 2019 an einer Kita in der Innenstadt laufendes Pilotprojekt auszuweiten, so Groß. Konkret geht es um rund eine Stunde gezielte Sprachförderung pro Tag, die jedes Kind im letzten Kita-Jahr in Gruppen von rund zehn Kindern erhalten soll. Das Angebot soll mit dem bestehenden Personal realisiert werden. Daher seien mit dem Angebot keine zusätzlichen Kosten verbunden, erklärt Groß.

Der Bedarf für zusätzliche frühkindliche Sprachförderung ist in Offenbach enorm. Das zeigen die Sprachtests, die regelmäßig bei Kindern im Jahr vor deren geplanter Einschulung vom Gesundheitsamt durchgeführt werden: Während 2015 noch 44 Prozent der Kinder mit Migrationsgeschichte vor ihrer Einschulung

fehlerfrei Deutsch sprechen konnten, waren es 2016 noch 32 und 2017 noch 28 Prozent. 2018 sprachen noch 17 Prozent der Kinder aus dieser Gruppe fehlerfrei Deutsch. Rund zwei Drittel der Sechsjährigen in Offenbach sind entweder selbst nicht in Deutschland geboren oder haben mindestens ein Elternteil, das in einem anderen Land geboren wurde. Laut einer Amtsärztin bilden sich in manchen Kitas „muttersprachliche Gruppen“ – mehr Deutsch-Förderung sei also vonnöten, damit die Kinder in der Grundschule am Unterricht teilnehmen können.

Deutschkenntnisse

Anteil der Offenbacher Kinder mit Migrationsgeschichte im Jahr vor ihrer Einschulung, die fehlerfrei Deutsch sprechen, in Prozent



Ergebnisse der jährlich vom Gesundheitsamt vor Grundschulbeginn durchgeführten Tests
Quelle: Stadt Offenbach

An besagter Pilot-Kita wurde für den Zeitraum von einem Jahr die Erzieherin Senay Öztürk eingestellt. Sie konzipiert die neuen Förderkurse und berät ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Umsetzung. Der Verein „Kinder Zukunft fördern“ hat für diese Arbeit 75 000 Euro bereitgestellt.

Der Leiter des Eigenbetriebs Kindertagesstätten Offenbach (EKO), Roberto Priore, geht dennoch wie Groß davon aus, dass das bestehende Personal die Sprachkurse leiten kann – denn das Angebot werde ja in den normalen Tagesablauf eingebaut. Dank eines Bundesprogramms stehen den etwa 320 regulären EKO-Erzieherinnen und -Erziehern in Offenbach sowieso etwa zehn Sprachförderkräfte zu Schulungs- und Beratungszwecken zur Seite. Falls man merke, dass man zusätzliches Personal brauche, müsse man aber dementsprechend reagieren, stellt Priore klar.

Außerdem soll das neue Konzept an manchen Standorten in Kooperation mit Schulen umgesetzt werden. Eine Arbeitsgruppe kläre derzeit, wo das sinnvoll sei.

Rechenzentrum statt Feuchtbiotop

OFFENBACH Zwei Hallen auf 15 Hektar geplant – Eidechsenlebensraum wird dafür verlagert

VON FABIAN SCHEUERMANN

Das US-amerikanische Unternehmen CloudHQ will ein Rechenzentrum in Offenbach errichten. Laut eigenen Angaben sollen auf einer 14,5 Hektar großen Fläche zwei doppelstöckige Daten-Hallen entstehen. Das einzige bebaubare Grundstück in Offenbach, das derzeit für eine Industriebebauung dieser Größe infrage kommt, ist ein Areal im Osten der Stadt zwischen Bahntrasse und Lämmerspieler Weg am Waldrand, das vom Druckmaschinenhersteller Manroland Sheetfed lange als Erweiterungsfläche vorgehalten wurde – nun aber nicht mehr benötigt wird.

Die Stadt will sich zu dem konkreten Vorhaben auf dem Areal, das von der Größe her dem gesamten Neubaugebiet „An den Eichen“ in der Nähe entspricht, noch nicht näher äußern. Die Presseabteilung teilte nur mit, dass in Zusammenarbeit mit Manroland, der städtischen Wirtschaftsförderung, und Oberbürgermeister Felix Schwenke (SPD) ein Unternehmen gewonnen werden konnte, das die „große Brachfläche im Gewerbegebiet Lämmerspieler Weg“ bebauen will. Das Gelände, auf dem Büsche und Schilf wachsen, wurde bereits im Offenbacher „Masterplan 2030“ als Gewerbegebiet ausgewiesen. Es besteht Baurecht.

Noch nicht öffentlich gemacht wurde, ob die Stromversorgung auf dem Areal für ein Rechenzentrum dieser überdurchschnittlichen Größe ausreicht – weder Stadt noch Energieversorgung Offenbach (EVO) wollten sich am Dienstag dazu äußern. Laut Investor plane die EVO am Rechenzentrum, eine eigene Umspannstation zu errichten. mit an

Doch bei der Bebauung gibt es noch einiges zu beachten: Wie die Stadt auf Nachfrage mitteilte, befindet sich auf dem Areal ein Biotop für Eidechsen und Feuchtpflanzen. „In Abwägung aller Interessen“ habe man eine Lösung gefunden, die eine Entwicklung der Fläche „gemäß Baurecht“ ermöglichen – bei gleichzeitigem „naturrechtlichen Ausgleich“. Das heißt: Das Biotop soll in der Nähe neu angelegt werden, zudem seien als Ausgleich für die massive Bebauung weitere Maßnahmen wie Aufforstungen geplant.

Am heutigen Mittwoch starten laut Stadt bereits die vorbereitenden Arbeiten auf dem Areal: Bäume und Sträucher werden gerodet und mit der Verlagerung des Biotops wird begonnen. Den genauen Standort des neuen Biotops nannte die Stadt noch nicht. Aus Gründen des Vogelschutzes erfolgten die Arbeiten schon jetzt – damit sie bis zum Beginn der Brut- und Setzzeit Mitte März beendet sind.

Vermisste 85-Jährige sitzt in Spielhalle

RÜSSELSHEIM Große Suchaktion der Polizei

Eine als vermisst gemeldete Bewohnerin einer Seniorenresidenz in Rüsselsheim hat sich bis tief in die Nacht in einer Spielhalle vergnügt. Die gehbehinderte und auf Medikamente angewiesene Frau hatte ihr Wohnzimmer am Montagvormittag verlassen. Weil sie am späteren Nachmittag noch nicht zurückgekehrt war, verständigte das Personal die Polizei, wie das Polizeipräsidium Südhessen am Dienstag mitteilte.

Eine großangelegte Suche lief an. Nachdem eine Bekannte der Frau angegeben hatte, diese zum Shoppen in die Innenstadt gefahren zu haben, und zudem deren Leidenschaft fürs Glücksspiel erwähnte, trafen Polizisten die 85-Jährige in einer Spielhalle. Sie habe den Beamten gesagt, dass sie gern noch bis Ladenschluss weiterspielen würde. Am frühen Morgen sei sie müde, aber glücklich ins Heim zurückgekehrt. apf

ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN

Hallen und Parkhaus GmbH
Kreisstadt Hofheim am Taunus
Chinonplatz 2, 65719 Hofheim am Taunus

Gemäß § 52 GmbHG teilen wir mit, dass Herr Wolfgang Exner mit Wirkung zum 31.12.2019 als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen wurde. Mit Wirkung zum 01.01.2020 wurde Herr Christian Vogt zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.

Hofheim, 17.01.2020

Die Geschäftsführung